

Klima Extrem

Radikalisierung der Klimaprotestbewegung?

Sebastian Kurtenbach & Helge Döring



Projektdurchführung:



FH MÜNSTER
University of Applied Sciences



GUD Institut für
Gesellschaft und Digitales

Forschungspapier 15

coreNRW ist ein multidisziplinäres und multiprofessionelles Netzwerk. Forschende, Fachkräfte aus der Präventionspraxis und (Sicherheits-) Behörden analysieren hier aktuelle Erscheinungsformen und Entwicklungen von Extremismus. Im Netzwerk diskutieren wir Forschungserkenntnisse, Wissensbedarfe und zeigen wirksame Präventionsmöglichkeiten auf. Damit leistet coreNRW einen wichtigen Beitrag zur gesamtgesellschaftlichen Aufgabe, Extremismus entgegenzuwirken und ein friedliches Zusammenleben in einer pluralen Gesellschaft zu fördern.

INHALT

Zusammenfassung	4
Einleitung	5
1 Begriffsbestimmung und Forschungsstand	7
2 Empirisches Design	21
3 Empirische Ergebnisse	28
4 Fazit	55
Literatur- und Quellenverzeichnis	58

ZUSAMMENFASSUNG

Das Projekt „Klima Extrem“ untersucht erstmals empirisch die Frage, ob und in welcher Form eine Radikalisierung innerhalb der Klimaprotestbewegung in Deutschland beobachtbar ist. Ausgangspunkt ist die öffentliche Debatte über Aktionen von Gruppen wie der „Letzten Generation“, die häufig als Ausdruck zunehmender Radikalisierung interpretiert werden. Ziel des Projekts ist es, diese Annahme wissenschaftlich zu prüfen und differenziert einzuordnen.

Theoretisch basiert die Studie auf einem erweiterten Radikalisierungsverständnis, das nicht nur Gewaltanwendung umfasst, sondern ideologisch begründete Rechtfertigungen für von der gesellschaftlichen Norm abweichendes Handeln insgesamt berücksichtigt. Als analytischer Rahmen dient insbesondere das Zwei-Pyramiden-Modell nach McCauley und Moskalenko (2017), das zwischen Einstellungen (Meinungspyramide) und tatsächlichem Tun (Aktionspyramide) unterscheidet. Dadurch kann Radikalisierung als mehrdimensionaler Prozess auf individueller, gruppenspezifischer und gesellschaftlicher Ebene untersucht werden.

Empirisch stützt sich die Studie auf teilnehmende Beobachtungen bei Protestcamps, Demonstrationen und Gerichtsverfahren sowie auf narrative Interviews mit Aktivist:innen unterschiedlicher Gruppen. Die Ergebnisse zeigen, dass der Klimaprotest in Deutschland als heterogene Sammlungsbewegung zu verstehen ist, in der unterschiedliche Organisationen situativ zusammenwirken. Protestcamps spielen dabei eine zentrale Rolle als Infrastruktur für Austausch, Mobilisierung und strategische Planung.

Bezüglich Gewalt zeigt sich ein differenziertes Bild: Die überwiegende Mehrheit der Aktivist:innen lehnt Gewalt gegen Personen klar ab. Einzelne Akteure halten Sabotage oder Sachbeschädigung zwar für legitim, beteiligen sich jedoch meist nicht selbst daran. Gewalt erscheint daher eher als Randphänomen innerhalb einer grundsätzlich gewaltfrei orientierten Bewegung.

Insgesamt lassen sich keine Hinweise auf eine breite Radikalisierung der Klimaprotestbewegung im Sinne einer systematischen Hinwendung zu politischer Gewalt erkennen. Vielmehr äußert sich Radikalisierung überwiegend in wachsender Frustration über politische Untätigkeit sowie in verstärkter Organisation und Politisierung innerhalb der Bewegung. Für die Präventionspraxis und politische Kommunikation ergibt sich daraus die Notwendigkeit, Protest differenziert zu betrachten und nicht vorschnell sicherheitspolitisch zu interpretieren.

EINLEITUNG

Seit Jahren häufen sich die Berichte über vehementen Klimaprotest in Deutschland, welcher vor allem von jungen Menschen vorgetragen wird. Die Protestlandschaft ist dabei vielfältig: teilweise mit Ortsbezug, wie Initiativen zum Erhalt einzelner Wälder oder Dörfer, teilweise auf globale Probleme ausgerichtet. Dementsprechend unterscheiden sich auch die Protestformen. Besondere Aufmerksamkeit erhielt in den Jahren 2023 und 2024 die Gruppe „Letzte Generation“, die sich unter anderem auf Straßen klebte, damit den Verkehr zum Erliegen brachte und so eine breite Medienresonanz erlangte. Mitglieder dieser Gruppe wurden dann schnell als „Klima-Terroristen“ oder „Grüne RAF“ bezeichnet. Damit gerieten Teile der Klimaprotestbewegung unter den Verdacht der Radikalisierung.

Diesem weitreichenden Vorwurf aus dem politischen Raum kommt eine hohe gesellschaftliche Aufmerksamkeit zu. Zugleich offenbart sich eine Lücke in der Radikalisierungsforschung, da bislang noch

Zum ersten Mal wurde in Deutschland eine mögliche Radikalisierung im Klimaprotest empirisch untersucht.

keine empirische Untersuchung einer möglichen Radikalisierung im Klimaprotest in Deutschland vorgenommen wurde. Mit dem Projekt „Klima Extrem“, gefördert durch das Ministerium für Wissenschaft und Kultur des Landes Nordrhein-Westfalen und zugleich Teil des Netzwerks coreNRW, konnte dieser

Themenkomplex zum ersten Mal detailliert untersucht werden. Die forschungsleitende Frage lautet dementsprechend: *Inwiefern kann Radikalisierung im Klimaprotest erkannt und beschrieben werden?*

Der Klimaprotest selbst ist kein neues Phänomen in Deutschland. Bereits seit den 1970er Jahren entwickelt sich eine entschlossene Zivilgesellschaft, die sich vehement für den Umwelt- und Klimaschutz einsetzt, symbolisiert durch Organisationen wie NABU (Naturschutzbund Deutschland e.V.) und BUND (Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland e.V.) mit hunderttausenden Mitgliedern und Unterstützer:innen. Hinzugekommen sind dann Protestbewegungen wie Fridays for Future, die eine Welle von Schulstreiks auslösten und den Ruf nach einer intensiven wissenschaftlichen Einflussnahme auf die Gestaltung der Klimapolitik verstärkte (Hagedorn et al. 2019). Die Relevanz dieser Jugendinitiative spiegelt sich in vielen wissenschaftlichen Studien wider (Büsken 2019; Kühne 2019; Berndt & Vogt 2020; Daniel & Graf 2020; Daniel & Deutschmann 2020; Daniel et al. 2020; Wahlström et al. 2020; Einsiedel 2020; Gentes et al. 2020; Haunss & Sommer 2020; Koos & Naumann 2019; Parth et al. 2020; Soler i Martí et al. 2020). Somit existiert ein etabliertes Umfeld der Thematisierung von Klima- und Umweltschutz, welches sich vehement gegen eine als unzureichend wahrgenommene Politik positioniert.

Zur Untersuchung der forschungsleitenden Frage wird im ersten Kapitel der Forschungsstand zur Radikalisierung mit dem der Arbeit zugrundeliegenden Erkenntnisbezug aufgearbeitet. Im zweiten Kapitel folgt die Vorstellung des empirischen Designs der Studie mitsamt der Beschreibung des empirischen Materials. Das dritte Kapitel beinhaltet die empirischen Ergebnisse. Im finalen vierten Kapitel wird ein Fazit gezogen, welches Hinweise für die Präventionspraxis beinhaltet.

KAPITEL

BEGRIFFS- BESTIMMUNG UND FORSCHUNGS- STAND

Das scheinbar eindeutige und doch schwer fassbare Konzept der Radikalisierung dominiert den Mediendiskurs bei der Erklärung von Terroranschlägen, verschiedenen Formen von Extremismus und erheblicher, ideologisch motivierter Gewalt gegen Minderheiten. Dies führt zu einem Prozess der Formulierung extremistischer Ideologien und Glaubenssysteme, der häufig durch persönliche oder kollektive Erfahrungen von Ungerechtigkeit ausgelöst wird. Um sich dem Phänomen der Radikalisierung anzunähern und es für die empirische Untersuchung des Klimaprotests in Deutschland nutzbar zu machen, wird im Folgenden eine Begriffsbestimmung vorgenommen und anschließend das Verhältnis von Protest, Gewalt und Radikalisierung diskutiert. Daraus werden dann Implikationen für die empirische Untersuchung abgeleitet.

1.1 BEGRIFFSBESTIMMUNG

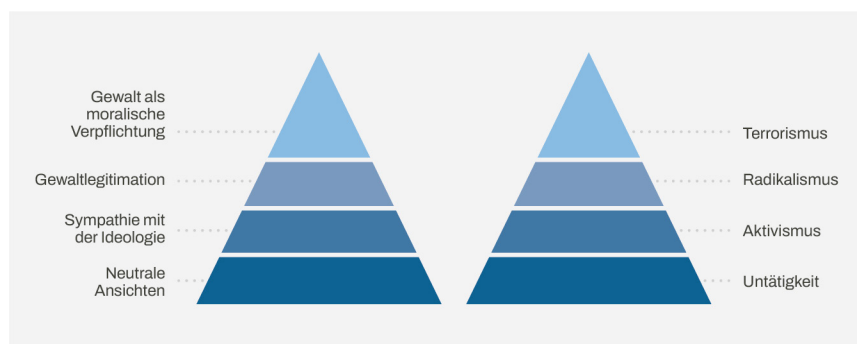
Allgemein kann Radikalisierung als Ergebnis eines Prozesses verstanden werden, aus dem eine ideologiebegründete Rechtfertigung für von der Norm abweichendes Verhalten folgt (Kurtenbach 2021, S. 6). Während es für die Ursachen der Radikalisierung einerseits Erklärungen gibt (Veldhuis & Staun 2009), existieren andererseits Modelle, welche den Prozess von Radikalisierung abbilden.¹ Diese sind nützlich, um zu diagnostizieren, ob ein Radikalisierungsverlauf zu erkennen ist, oder „nur“ Risikofaktoren dafür vorliegen. Viele dieser Modelle stellen die Radikalisierung als einen linearen Verlauf durch Stufen oder Phasen dar, der nach emotionalen und kognitiven Veränderungen in gewalttätigen Handlungen gipfelt (Srowig et al. 2018, S. 1). Die Anwendung von Gewalt zur Durchsetzung extremistischer Ideologien stellt jedoch nur eine mögliche Folge dar.

¹ Zum Überblick siehe Kurtenbach (2021).

**RADIKALI-
SIERUNG LÖST
ZWANGSLÄUFIG
EINEN
SICHERHEITS-
DISKURS AUS.**

Radikalisierung löst zwangsläufig einen Sicherheitsdiskurs aus. Doch während sicherheitspolitische Gremien Radikalisierung in erster Linie als Hinwendung zur Gewalt betrachten, ist die Perspektive der Radikalisierungsforschung komplexer. Das in der Literatur prominent besprochene „Zwei-Pyramiden-Modell“ nach McCauley und Moskalenko (2017) beschreibt Radikalisierung detailliert und dient auch als analytischer Orientierungspunkt im Projekt „Klima Extrem“. Das Modell geht davon aus, dass der Prozess der Radikalisierung ein komplexes Zusammenspiel von individuellen und gruppenspezifischen sowie gesellschaftlichen Faktoren vereint. Diesem Modell zufolge vollzieht sich Radikalisierung auf mehreren Ebenen: Zwei separate, aber miteinander verbundene Pyramiden wirken zusammen, um den Weg einer Person in den Extremismus aufzuzeigen:

ABBILDUNG 1: DAS ZWEI-PYRAMIDEN-MODELL NACH MCCAULEY UND MOSKALENKO (2017)



1. Meinungspyramide: Die Basis der Pyramide bilden Personen, die politischen Zielen neutral gegenüberstehen (Neutrale Ansichten). Auf der nächsten Stufe stehen Leute, die an politische Ziele glauben, aber Gewalt ablehnen (Sympathie mit einer Ideologie). Noch weiter oben in der Pyramide befinden sich Menschen, die Gewalt für legitim halten, um politische Ziele zu erreichen (Gewaltlegitimation). Die Spitze der Pyramide formen Individuen, die sich persönlich moralisch verpflichtet fühlen, Gewalt im Namen ihrer Sache auszuüben (Gewalt als moralische Verpflichtung) (McCauley & Moskalenko 2017, S. 211).

2. Aktionspyramide: Am Fuße der Pyramide sind Personen, die nichts für eine politische Gruppe oder politische Ziele tun (Untätigkeit). Auf der nächsthöheren Ebene befinden sich Leute, die sich für legale politische Aktionen engagieren (Aktivismus). Noch höher stehen Menschen, die sich konkreten, unter Umständen auch illegalen Handlungen widmen, um einer politischen Sache zu dienen (Radikalismus). Die Spitze bilden Individuen, die sich an illegalen Gewalthandlungen beteiligen, welche Zivilisten schaden (Terrorismus) (McCauley & Moskalenko 2017, S. 212).

Das Zwei-Pyramiden-Modell ist kein Phasenmodell, da einzelne Stufen darin übersprungen werden können. Es verdeutlicht die Wechselwirkung zwischen individueller Psychologie und Gruppendynamik, die für das Verständnis der Radikalisierung und des Terrorismuspotenzials entscheidend ist. Wichtig ist, dass nicht alle Personen, die diese Stufen durchlaufen, zu Extremisten werden, da das Modell einen komplexen Prozess vereinfacht.

“There is no ‘conveyor belt’ from extreme beliefs to extreme action. It is plausible that radical beliefs inspire radical action, but research indicates that the connection is weak. Bad ideas are not like a dose of salts that must produce bad actions.”
(McCauley & Moskalenko 2017, S. 24)

Nach diesem Modell kann Radikalisierung in drei miteinander verbundene Ebenen unterteilt werden (McCauley & Moskalenko 2017, S. 210): individuelle Emotionen (Mikroebene), Gruppendynamik (Mesoebene) und Bevölkerung (Makroebene). Die Mikroebene konzentriert sich auf das Individuum und seine Erfahrungen, Überzeugungen und psychologischen Faktoren, die zu seiner Radikalisierung beitragen. Sie berücksichtigt Aspekte wie Identität, Beschwerden, ideologische Anziehungskraft, persönliche Traumata und die Suche nach Sinn (Kruglanski et al. 2014). Die Mesoebene verlagert den Fokus auf kleine Gruppen und soziale Netzwerke, denen der/die Einzelne angehört. Diese Gruppen können ein Gefühl der Zugehörigkeit, Bestätigung von Überzeugungen und Einfluss von Gleichaltrigen vermitteln (Horgan 2008; Kiefer et al.

2018). Radikalisierung findet oft innerhalb dieser engen Kreise statt, in denen extremistische Ansichten verstärkt werden. Die Makroebene befasst sich mit breiteren gesellschaftlichen Faktoren, die ein Umfeld schaffen, das die Radikalisierung begünstigt. Dazu gehören politische, wirtschaftliche und kulturelle Kontexte, die Gefühle von Marginalisierung, Ungerechtigkeit oder Konflikten hervorrufen und damit möglicherweise eine Radikalisierung auslösen können (Veldhuis & Staun 2009).

Befürwortet die Mehrheit einer Gruppe eine höhere Risikobereitschaft, so tendiert die gesamte Gruppe zu riskanteren Maßnahmen.

Das Modell unterstreicht, dass Radikalisierung kein linearer Prozess ist, sondern eine dynamische und komplexe Interaktion zwischen diesen drei Ebenen. Der Ansatz strebt ein möglichst ganzheitliches Verständnis der Radikalisierung an, indem er die verschiedenen Faktoren und Wechselwirkungen berücksichtigt, die zum Weg

einer Person in Richtung Extremismus beitragen. Nach McCauley und Moskalenko (2008, S. 422) erklärt die Gruppenpolarisierung die zunehmende Extremität von Ansichten. Sie argumentieren, dass sich die Gruppenmeinungen zu riskantem Verhalten und politischen Maßnahmen tendenziell der Mehrheitsmeinung der Gruppenmitglieder annähern. Wenn beispielsweise die meisten Mitglieder Risikobereitschaft befürworten, verschiebt sich die Meinung der gesamten Gruppe in Richtung einer zunehmenden Extremität in dieser Frage (McCauley & Moskalenko 2008, S. 422). Die Mitglieder der Gruppe bringen jeweils Argumente vor, die in eine bestimmte Richtung tendieren. Infolgedessen wird der/die Einzelne durch die unverhältnismäßige Präsentation von Argumenten zugunsten einer bestimmten Seite rational überzeugt. Die Theorie des sozialen Vergleichs besagt, dass Meinungen soziale Werte zugeschrieben werden. Daher würden sich Einzelpersonen gezwungen fühlen, bestimmte Ansichten zu teilen, und zwar insbesondere jene, die von der Mehrheit der Gruppenmitglieder vertreten wird. Außerdem würden Mitglieder mit extremeren Interpretationen der Mehrheitsmeinung Respekt und Bewunderung von anderen Gruppenmitgliedern gewinnen.

“Individuals more extreme than average in the group-favoured direction – the direction favoured by most individuals before discussion – are more admired.”
(McCauley & Moskalenko 2008, S. 422)

Folglich erreichten sie einen höheren Status innerhalb der Gruppe. Da der Druck, die von der Fraktion favorisierte Meinung zu unterstützen, sehr groß ist, und die einflussreichsten Gruppenmitglieder extremere Ansichten vertreten, wird auch die durchschnittliche Gruppenmeinung extremer. Prozesse der Einstellungspolarisierung und des gruppeninternen Wettbewerbs um Status und Anerkennung können somit in der Legitimierung von Gewalt resultieren.

Das Modell wird als analytische Folie bei der Auswertung des empirischen Materials genutzt, um zu verstehen, inwiefern von einer Radikalisierung im Klimaprotest auszugehen ist. Damit kann die forschungsleitende Frage theoriegeleitet beantwortet werden. Darüber hinaus wird ermöglicht, weitergehende Forschungslücken offenzulegen.

1.2 PROTEST, GEWALT UND RADIKALISIERUNG

Umweltaktivismus bewegt sich innerhalb eines Spektrums von Ansätzen, das von strikt gewaltfreien Aktionen bis hin zu riskanten Taktiken reicht, die auch Gewalt beinhalten können. Um diese Dynamik zu verstehen, muss untersucht werden, wie die Umweltbewegungen diese Strategien anwenden, während sie sich mit systemischen Herausforderungen wie dem Klimawandel auseinandersetzen. Dieser Abschnitt fasst die wichtigsten Themen im Kontext mit Gewalt und Gewaltlosigkeit im Umweltaktivismus zusammen.

Radikalisierung ist von zentraler Bedeutung für das Verständnis von Verschiebungen innerhalb sozialer Bewegungen hin zu extremen Formen der Auseinandersetzung. Während Radikalisierung oft negative Assoziationen hervorruft, die mit extremistischer Gewalt verbunden sind (Zick & Böckler 2015), kann sie auch legitime Frustration über systemische Trägheit oder wahrgenommene Ungerechtigkeit widerspiegeln (Abay Gaspar et al. 2018). Historische Beispiele illustrieren, dass Radikalisierung nicht immer mit Gewalt gleichzusetzen ist, sondern auch emanzipatorisch-transformativ verstanden werden kann (Kurtenbach et al. 2018). Frühe demokratische Bewegungen, die für politische Gleichheit eintraten, wie zum Beispiel die Suffragetten, die für das Frauenwahlrecht kämpften, nutzten störende, aber weitgehend gewaltfreie Methoden. Diese Fälle führen vor Augen, wie radikale Ansätze einen transformativen gesellschaftlichen Wandel vorantreiben können, ohne auf körperliche Gewalt zurückzugreifen. Wenn jedoch Forderungen konsequent ignoriert oder unterdrückt werden, kann es sein, dass einige Gruppen ihre Taktik eskalieren – ein Phänomen, das in verschiedenen aktivistischen Kontexten zu beobachten ist.

Im zeitgenössischen Umweltaktivismus sind Gruppen wie Fridays for Future (FfF), Ende Gelände (EG), Extinction Rebellion (ER), Letzte Generation (LG), Hambi bleibt! (Hb!), Alle Dörfer bleiben! (ADb!), Buirer für Buir (BfB) und Lützi bleibt! (LB!) Beispiele für diese Spannung. Sie setzen zivilen Ungehorsam wie Straßenblockaden oder Besetzungen öffentlicher Plätze ein, um gesellschaftliche Routinen zu stören. Dabei bekennen sie sich ausdrücklich zur Gewaltlosigkeit. Ihre Methoden provozieren jedoch häufig polarisierte Reaktionen sowohl von Anhänger:innen als auch Kritiker:innen, die sich fragen, ob die Störung an Aggression grenzt. Der Begriff „radikal“ ist im Vokabular von Politiker:innen und Journalist:innen zu einem Warnsignal geworden, das besagt, dass etwas bekämpft werden muss. Proust und Saldaña (2022) untersuchen die Beziehung zwischen generischen und Protest-Frames in der Nachrichtenberichterstattung, um zu verstehen, wie sie die Delegitimierung von politischen Protesten beeinflussen. Dies geschieht durch Boulevardmedien und rechtspopulistische Plattformen, während die eigentlichen Sachargumente immer weiter in den Hintergrund gedrängt werden und die Debatte emotionalisiert wird.

Die Eskalation von Protest wirft die Frage auf, wie er gehen kann, bevor er genau jene demokratischen Strukturen bedroht, die er zu verbessern sucht.

Protest ist eine der sichtbarsten Formen des Dissenses gegen wahrgenommene Ungerechtigkeiten. Nassehi (2020, S. 49) betont, dass Proteste Routinen unterbrechen und die Beteiligten – Politiker:innen, Unternehmen oder die Gesellschaft als Ganzes – zu einer Reaktion zwingen. In diesem Sinne fungieren Protestbewegungen als Themengeneratoren, die dringende Gegenstände, wie den Klimawandel, in den öffentlichen Diskurs und die künftige Gesetzgebung rücken (Nassehi 2020, S. 67; Grande 2018, S. 52). Bewegungen wie FfF verkörpern diese Funktion, indem sie junge Menschen weltweit für Forderungen nach einer verstärkten Klimapolitik im Einklang mit dem Pariser Abkommen mobilisieren. Die Betonung friedlicher Demonstrationen unterstreicht das emanzipatorische Potenzial von Protest bei der Förderung demokratischen Engagements und sozialen Wandels (Arce et al. 2019, S. 196; Beck 1993; Grande 2018, S. 54; Neidhardt & Rucht 2001; Rucht 1993), auch wenn dies innovative (Castells 2015, S. 294)

oder utopische politische Maßnahmen (Roth 2012, S. 22) erfordert. In ähnlicher Weise wurden globalisierungskritische Proteste historisch als progressive Gegenbewegungen interpretiert, die neoliberale Paradigmen herausfordern (Della Porta 2017, S. 62). Allerdings birgt der Protest auch Risiken, wenn er absolutistische Positionen einnimmt oder in gewaltsame Konfrontationen eskaliert (Popitz 1992, S. 48). Gewalt per definitionem unterstreicht ihre Fähigkeit, absichtlich einen Schaden anzurichten, der Vertrauen und sozialen Zusammenhalt untergräbt – Schlüsselemente für die Aufrechterhaltung von Demokratie. So kann beispielsweise die Enttäuschung über unerreichte Ziele frustrierte Aktivist:innen zu radikalen oder sogar gewalttätigen Aktionen treiben, wenn sie keinen alternativen Weg mehr sehen (Nassehi 2020, S. 79). Dies wirft die Frage auf, wie weit der Protest gehen kann, bevor er genau jene demokratischen Strukturen bedroht, die er zu verbessern sucht.

Die Wahl zwischen gewalttätigen und gewaltfreien Taktiken ist von entscheidender Bedeutung für die öffentliche Wahrnehmung und interne Dynamik von Aktivist:innenbewegungen. Aufgrund ihrer normativen Ausrichtung auf demokratische Prinzipien und breite Anziehungskraft auf unterschiedliche Zielgruppen bleibt Gewaltlosigkeit für viele Umweltgruppen eine Eckpfeilerstrategie (Arce et al. 2019). Die friedlichen Proteste von FfF betonen beispielsweise die moralische Legitimität und vermeiden gleichzeitig Entfremdung, die durch aggressive Aktionen verursacht wird. Laut Simpson et al. (2018) führen gewalttätige politische Proteste dazu, dass die Öffentlichkeit die protestierende Gruppe als nur wenig vernünftig ansieht, was die Identifikation und Unterstützung für diese Gruppe verringert. Dieser Effekt wird auf die durch Gewalt verursachte Wahrnehmung von Unvernunft zurückgeführt. Für Smith (1968) ist Gewalt ein inhärenter Aspekt des politischen Prozesses, der sich in Protesten manifestiert, die selbst in stabilen Gesellschaften zu offener Gewalt eskalieren können. Wang und Piazza (2016) analysieren Daten von über 23.000 Protestveranstaltungen in den USA zwischen 1960 und 1995; sie kommen zu dem Schluss, dass Aktivist:innen bei Protesten auf störende und gewalttätige Taktiken zurückgreifen können, um ihre Ziele zu erreichen, jedoch untergräbt diese Wahl häufig die öffentliche Unterstützung für ihre Forderungen.

Störende Aktionen bergen das Risiko, gesellschaftlichen Rückhalt zu verlieren, können aber unter Umständen auch die politische Position stärken.

Shuman et al. (2022) untersuchen die Auswirkungen der Black-Lives-Matter-Proteste im Jahr 2020 und stellen fest, dass die Unterstützung für die Bewegung zunahm, wenn sowohl gewaltfreie als auch gewalttätige Taktiken eingesetzt wurden. Die Studie unterstreicht, dass störende Aktionen innerhalb einer überwiegend gewaltfreien Bewegung politische Ziele wirksam voranbringen können. Steinert-Threlkeld et al. (2022) stellen die These auf, dass sowohl staatliche als auch protestierende Gewalt die Protestdynamik beeinflusst. Während eine verstärkte staatliche Repression aufgrund von gestiegenen Erwartungen und Emotionen die Zahl der Proteste zunächst erhöht, führt sie letztlich zu einem Rückgang der Beteiligung, da die wahrgenommenen Kosten des Protests zunehmen. Butler (2019) thematisiert die Komplexität der Definition und Rechtfertigung von Gewalt bei zeitgenössischen Protesten und hebt hervor, auf welche Weise Begriffe wie „Gewalt“ und „Gewaltlosigkeit“ durch politische Rahmenbedingungen, staatliche Narrative und ideologische Gräben geformt werden, die oft die öffentliche Wahrnehmung verzerren und moralische Urteile erschweren. Die Diskussion befasst sich mit historischen Präzedenzfällen wie dem Widerstand gegen Faschismus und Apartheid. Es wird hinterfragt, ob Gewalt unter bestimmten Umständen gerechtfertigt ist, beispielsweise um systemische Unterdrückung oder ungerechte Regimes zu beseitigen. Letztlich plädiert Butler (2019) für eine Rückkehr zur Gewaltlosigkeit nach dem Vorbild von Martin Luther King Jr. und betont, dass Gewalt die Hoffnung und die Bemühungen um eine gerechte, lebenswerte Welt auf der Grundlage einer „radikalen Demokratie“ untergräbt.

Dennoch können Aktivist:innen unter Umständen zu gewaltsamen Mitteln greifen, wenn sie der Meinung sind, dass systemische Hindernisse keine andere Möglichkeit zulassen, um sinnvolle Veränderungen zu erreichen. Historische Beispiele wie der gelegentliche Einsatz von Sachbeschädigung durch die Suffragetten zeigen, dass strategische Eskalationsentscheidungen kontextabhängig und nicht von vornherein

ideologisch sind. Auch kollektive Emotionen spielen bei diesen Entscheidungen eine maßgebliche Rolle. Die Analyse von Goodwin et al. (2001, S. 6) unterstreicht, wie Gefühle der Ungerechtigkeit die Mobilisierungsbemühungen anheizen, aber auch zu Polarisierung und aktivem Widerstand beitragen können (Simmons 2019, S. 33), wenn Missstände über längere Zeit unbehandelt bleiben. In stark umkämpften Regionen wie dem rheinischen Braunkohlerevier – wo lokale wirtschaftliche Interessen mit ökologischen Erfordernissen kollidieren – werden diese Spannungen besonders deutlich.

info

Judith Butler versteht unter „radikaler Demokratie“ eine fortlaufende Praxis der Gleichheit, die gesellschaftliche Normen ununterbrochen hinterfragt. Sie zielt darauf ab, Marginalisierten eine Stimme zu geben, Machtstrukturen aufzubrechen und Demokratie als einen inklusiven Prozess zu leben, der nicht starr, sondern stets veränderbar ist.

1.3 EMPIRISCHE IMPLIKATIONEN

Umweltaktivismus bewegt sich in einem komplexen Raum, in dem Strategien zwischen der moralischen Autorität der Gewaltlosigkeit und dem potenziellen Schockwert von Gewalt oszillieren (Imbusch 2003, S. 2), um systemische Veränderungen zu erzwingen. Bewegungen wie FfF zeigen, wie friedliche Proteste erfolgreich politische Agenden beeinflussen können, indem sie Missstände durch einen konstruktiven Dialog mit politischen Entscheidungsträger:innen und der Gesellschaft insgesamt verstärken. Gleichzeitig verdeutlicht die eskalierende Frustration über den langsamen Fortschritt in der Klimaschutzpolitik, warum einige Aktivist:innen trotz der Risiken konfrontativere Methoden für notwendig halten. Um diese Dynamik zu verstehen, müssen wir über vereinfachende Dichotomien zwischen „friedlichem“ und „gewaltsamem“ Aktivismus hinausgehen und erkennen, wie kontextbezogene Faktoren strategische Entscheidungen innerhalb breiterer Kämpfe für Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit beeinflussen.

Für die Empirie bedeuteten die Erkenntnisse, die sich aus der Aufarbeitung des Forschungsstand ergeben, Folgendes:

- Es scheint eine Synergie unterschiedlicher Gruppen im Klimaprotest zu geben. Sie wirken vor allem bei konkreten Demonstrationen zusammen und entfalten so eine Protestwirkung. Klimaprotest ist daher auch als Sammlungsbewegung zu verstehen. In der empirischen Untersuchung sollen die Voraussetzungen dafür anhand von Aussagen herausgearbeitet werden, die mit Protestaktionen zusammenhängen.

- Unklar und damit im Zuge der empirischen Analyse aufzudecken ist das zu erwartende Verhältnis zwischen Protest und Gewalt im Klimaaktivismus. Dabei ist nicht alleine die Legitimation von Gewalt aufschlussreich, auch die Narrative zur Begründung von Gewaltlosigkeit bieten Anknüpfungspunkte. Beide Aspekte werden im Zuge der empirischen Analyse untersucht.
- Die Aufarbeitung des Zwei-Pyramiden-Modells nach McCauley und Moskalenko (2017) zur Erklärung von Radikalisierungsprozessen wird als analytischer Orientierungsrahmen bei der Auswertung des empirischen Materials genutzt.

KAPITEL

EMPIRISCHES DESIGN

Zur Gewinnung geeigneten empirischen Materials zur Beantwortung der forschungsleitenden Frage wurde zwei getrennten Erhebungslogiken gefolgt. Zum einen wurde eine Dauerbeobachtung der Klimaprotestbewegung vorgenommen, welche auch auf Orientierungswissen aus einer Vorstudie zum Projekt aufbauen konnte (Döring 2022). Hierfür wurde ein Medienspiegel angelegt. Darüber hinaus wurden Social-Media-Posts, Youtube-Videos und Screenshots von Webseiten gesammelt und sich in einigen Mail-Verteilern und Chatgruppen angemeldet. Zum anderen wurden teilnehmende Beobachtungen auf Demonstrationen, im Rahmen von Protestcamps und im Umfeld von Gerichtsverhandlungen dokumentiert sowie narrative Interviews geführt. Konkret wurden folgende Feldaufenthalte realisiert und eigene Fotos angefertigt:

Waldbesetzung Hambacher Wald (Januar 2023)

- Ausgehend von Manheim-Alt, einem verlassenen Dorf, das in der Abbauzone liegt, wurde im Januar 2023 eine Wanderung in den Hambacher Wald unternommen und mit Aktivist:innen vor Ort gesprochen (teilnehmende Beobachtung vor Ort).

Protestcamp Lützerath (Januar 2023)

- Besuch des Protestcamps Lützerath mit zahlreichen Gesprächen mit Aktivist:innen und Interviewanbahnungen (teilnehmende Beobachtung vor Ort). Siehe dazu Tabelle 1 auf Seite 18.

Großdemonstration Lützerath (Januar 2023)

Großdemonstration in der Peripherie des besetzten Dorfes Lützerath

- Auf der Demo sprach unter anderem Greta Thunberg. Mit zahlreichen Aktivist:innen fand ein Austausch statt.

Gerichtsprozess in Grevenbroich (April 2023)

- Vor Gericht angeklagt ist eine Aktivistin, die einen Braunkohlebagger besetzt hat (Beiwohnen des Prozesses). Anschließend wurden zwei Aktivist:innen interviewt.

Reise nach Berlin zu teilnehmenden Beobachtungen von Aktionen der LG (Juni 2023)

- Bei einer Solidaritätsdemonstration für ein Mitglied der LG sowie zahlreiche Gespräche mit Aktivist:innen vor Ort.
- Bei einer Informationsveranstaltung über den Kohleabbau

in Kolumbien in Berlin Kreuzberg. Dabei wurden zahlreiche Gespräche mit Aktivist:innen vor Ort geführt.

- Bei einer Demonstration mit Wayúu aus Kolumbien vor dem Brandenburger Tor. Anlass war das Treffen zwischen Bundeskanzler Olaf Scholz mit Gustavo Francisco Petro Urrego über die deutsch-kolumbianische Energiepartnerschaft.
- Aktivist:innen der LG wurden aus der Bürgerschaft im Wedding konfrontiert.
- Interviews mit Henning Jeschke und Lina Eichler.

System Change Camp Hannover (August 2023)

- Zahlreiche Gespräche mit Aktivist:innen und Interview mit Aktivist:in 4 (teilnehmende Beobachtung vor Ort und Übernachtung im Camp).

Klimastreik Demonstration Dortmund (September 2023)

- Zahlreiche Gespräche mit Aktivist:innen vor Ort (teilnehmende Beobachtung vor Ort).

Zielsetzung der teilnehmenden Beobachtung war das Gewinnen vertiefter Einblicke in die Struktur, Ideologie und Interaktionen innerhalb der Klimaprotestbewegung. Dabei wurde ein besonderer Fokus auf Anzeichen einer möglichen Radikalisierung und Gewaltbereitschaft gerichtet. Das Camp bot eine Plattform für den Austausch strategischer Ansätze, die von zivilgesellschaftlichem Protest bis hin zu direkten Aktionen wie Blockaden und Besetzungen reichen.

Während des Camps in Hannover sowie bereits vorher in Hamburg wurde ein intensiver Austausch über Ideen, Strategien (*Degrowth*) und Maßnahmen zur Bekämpfung der Klimakrise sowie Taktiken und Methoden für Protestaktionen geführt. Es gab Workshops zu rechtlichen Fragen und Medienkommunikation sowie dem Thema „direkte Aktionen“. Die Präsenz einer heterogenen Gruppenzusammensetzung bot Einblicke in die weite Spannweite der Ansichten innerhalb der Bewegung – von gewaltfreien Aktionen bis hin zur Bereitschaft der Konfrontation mit staatlichen Institutionen.

Die Besetzung des Hambacher Waldes und das Camp in Lützerath repräsentierten andere Facetten der Bewegung. Hier standen symbolische Handlungen im Vordergrund, um auf die Zerstörung natürlicher Ressourcen durch den Kohleabbau aufmerksam zu machen. Die Protestierenden lebten vorwiegend unter einfachen Bedingungen in Bäumen oder Zelten und führten Aktionen durch, die die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit und der Medien auf den Konflikt lenken sollten. Die Teilnehmenden beschrieben ihre Aktionen als „notwendigen Widerstand“ gegen umweltzerstörende Praktiken. In Gesprächen mit den Aktivist:innen wurde deutlich, dass viele von ihnen persönliche Opfer für den Umweltschutz in Kauf nehmen und dies als Teil einer größeren, moralischen Verpflichtung sehen.

Zur weiteren Analyse und Erfassung individueller Sinnstrukturen wurden Interviews geführt. Zusätzlich wurden Fotos aufgenommen und detaillierte Notizen über das Verhalten und die Interaktionen innerhalb der Gruppen erstellt. Parallel dazu wurden soziale Medien und Presseartikel als ergänzende Quellen genutzt, um die öffentliche Wahrnehmung und Reaktionen auf die Protestaktionen zu analysieren.

info

Degrowth (auf Deutsch oft „Postwachstum“) bezeichnet ein wirtschafts- und gesellschaftspolitisches Konzept, das bewusstes Schrumpfen bzw. ein Ende des Zwangs zu stetigem BIPWachstum anstrebt, um ökologische Grenzen einzuhalten und Lebensqualität gerechter zu verteilen.

Kernideen:

- Reduktion von Ressourcen- und Energieverbrauch, um Umweltbelastungen zu senken.
- Fokussierung auf Wohlstand jenseits des BIP: Gesundheit, Zeitwohlstand, soziale Teilhabe, Gemeingüter.
- Umverteilung und lokale Resilienz: kürzere Lieferketten, Reparatur, Sharing, Kreislaufwirtschaft.
- Politische Maßnahmen wie Arbeitszeitverkürzung, ökologisch-soziale Steuern, Stärkung öffentlicher Dienste.

Wichtig: Es geht nicht um chaotische Rezession, sondern um geplante, gerechte Transformation, die weniger materielle Produktion mit höherem Wohlbefinden verbindet.

Außerdem wurden mehrere Gerichtsverhandlungen der RWE (Rheinisch-Westfälisches Elektrizitätswerk AG) gegen Klimaaktivist:innen besucht. Die für diese Studie verwendeten halbstrukturierten Leitfadeninterviews bieten den Vorteil, dass die Befragten relevante Informationen in ihren eigenen Worten, nach eigenem Ermessen und entsprechend der individuellen Wichtigkeit der Themen geben können (Reinders 2016, S. 80-85).

Um das Gesagte in ein Kategoriensystem einzubetten, wurde die qualitative Inhaltsanalyse nach Kuckartz (2016; 2018) verwendet. Dabei werden die Hauptkategorien direkt aus den zentralen Themen des Interviewleitfadens abgeleitet. Die standardisierten Ergebnisse der Expert:inneninterviews gewährleisten eine sehr hohe externe Validität der Forschungsergebnisse (Yin 2003, S. 133). Die Interviews wurden als qualitative, mündliche und persönliche Einzelgespräche geführt (Lamnek 2010, S. 316). Das nicht-standardisierte Vorgehen bietet zudem die Möglichkeit, Fragen und deren Reihenfolge situationsgerecht anzupassen. Es wurden offene Fragen mit investigativer Absicht und einer neutralen Haltung gestellt. Die Kontaktaufnahme erfolgte entweder spontan vor Ort im Protestcamp oder wurde per E-Mail oder Telefon nach Erstkontakt unter anderem in Chatgruppen angebahnt. Das Ferngespräch diente dazu, einen persönlichen Termin am Wunschort der Interviewpartner:innen zu vereinbaren. Zur Vorbereitung der Interviews wurde ein themenspezifischer Interviewleitfaden entwickelt. Nur in Fällen, in denen die Befragten die Intention der Frage nicht sofort erkennen konnten, wurden spezifischere Fragen oder Antwortbeispiele gegeben (Gläser & Laudel 2010, S. 117 f.). Dies sollte den Befragten ermöglichen, distanzierter, sachlicher und damit offener über Herausforderungen und Probleme zu sprechen. Alle Ansprechpartner:innen wurden im Vorfeld über das zentrale Thema des Interviews informiert; die konkrete Forschungsfrage wurde jedoch nicht genannt, um die Interviewergebnisse nicht zu verfälschen. Die Teilnehmer:innen wurden darüber in Kenntnis gesetzt, dass eine Aufzeichnung des Interviews notwendig ist. Die Befragten waren damit einverstanden, dass wir alle Interviews zu Forschungszwecken aufzeichnen und transkribieren. Die Analyse des dokumentierten Materials folgte einem strukturierten und iterativen Ansatz, wie er von Miles und Huberman (1994) sowie Mayring

(2008) vorgeschlagen wurde. Eine Vielzahl zusätzlicher Datenquellen wurde genutzt, um Typologien zu erstellen und die angegebenen Meinungen zu triangulieren (Yin 2003, S. 85). Die Transkripte wurden im Anschluss strukturiert und im Hinblick auf die Forschungsfrage analysiert. In einigen Fällen ergaben sich während der Bearbeitung der Protokolle Anschlussfragen, die später per E-Mail oder Telefon geklärt wurden, sodass einige der dargestellten Informationen aktualisiert werden konnten. In den meisten Fällen folgten die Interviews demselben Ablauf: Nach einer kurzen Begrüßung, der thematischen Einordnung und Definition zentraler Begriffe wurden die Interviewpartner:innen gebeten, sich vorzustellen und ihre Rolle in der Klimaprotestbewegung zu skizzieren. Danach gingen wir die Fragen gemäß dem Leitfaden durch, wobei die Reihenfolge der Fragen manchmal variierte und sich oft themenbezogene Anschlussfragen ergaben. Die Befragten wurden nach Möglichkeit nicht unterbrochen und Nachfragen erst im Nachhinein gestellt (Küsters 2009, S. 44 ff.).

Grundsätzlich konzentriert sich die Analyse des Materials auf die Wahrnehmung der Befragten und ihre Aussagen. Fakten wurden nicht überprüft, analog zum Thomas-Theorem (zitiert nach Esser 1999, S. 63). Demnach sind subjektives Erleben und Interpretieren einer Situation durch die interviewte Person entscheidend, nicht die intersubjektiven Fakten. Mehrere Interviews wurden auf Wunsch anonymisiert, worauf einige Interviewpartner:innen bestanden. Im Zusammenhang mit den Aktionen im Hambacher Forst vermeiden es die Aktivist:innen, sich gegenseitig mit ihren richtigen Namen anzusprechen, auch bei persönlichen Interaktionen vor Ort. Pseudonyme wie „Muskat“ und „Clumsy“ werden verwendet, um Polizei und Sicherheitsdiensten keine Möglichkeit zur Identifizierung zu geben. Einige Teilnehmer:innen verzichteten auf eine Anonymisierung. Wenige Befragte baten um eine Kopie des Interviewprotokolls, um die Passagen selbst überprüfen zu können. Bei der Auswahl der Interviewpartner:innen wurde auf eine möglichst breite Repräsentativität geachtet, um maximal viele Teilnehmende zu Wort kommen zu lassen. Mit der Polizei Aachen und dem Innenministerium des Landes Nordrhein-Westfalen konnten keine Gespräche geführt werden, da alle Interviewanfragen abgelehnt wurden. Um sie zu vertreten, wurden Polizeiberichte und der Verfassungsschutzbericht in die Analyse einbezogen.

Im Projektzeitraum ergaben sich insgesamt folgende zwölf Interviews²:

TABELLE 1: INTERVIEWPARTNER:INNEN

Interviewpartner:in	Organisation
Aktivist:in 1	Ende Gelände
Aktivist:in 2	Hambi bleibt!
Aktivist:in 3	Hambi bleibt!
Aktivist:in 4	Extinction Rebellion
Aktivist:in 5	Ende Gelände (Hamburg Protest Camp)
Aktivist:in 6	Keine Zugehörigkeit / Blockade eines Baggers
Aktivist:in 7	Keine Zugehörigkeit / Blockade eines Baggers
Aktivist:in 8	Letzte Generation (Hannover Protest Camp)
Aktivist:in 9	Keine Zugehörigkeit
Aktivist:in 10	Keine Zugehörigkeit (Anti TESLA Protest-Camp)
Aktivist:in 11	Keine Zugehörigkeit (Anti TESLA Protest-Camp)
Aktivist:in 12	Keine Zugehörigkeit (Anti TESLA Protest-Camp)
Sina Reisch	Ehemalige Pressesprecherin Ende Gelände
Antje Grothus	Buirer für Buir
Tadzio Müller	Klima und LGBTQA+Aktivist Ende Gelände
Dina Hamid	Pressesprecherin Ende Gelände
Henning Jeschke	Letzte Generation und Extinction Rebellion
Lina Eichler	Letzte Generation

Die Interviews wurden anhand der obigen Kriterien transkribiert und kodiert. Nach erster Analyse der Transkripte konnte eine theoretische Sättigung festgestellt werden, daher wurde keine weitere Anbahnung von Interviews priorisiert.

² Neben den aktuellen Interviews wurde auch auf Interviews aus Vorgängerprojekten zurückgegriffen, wie dem mit Sina Reisch (Pressesprecherin von Ende Gelände) und Antje Grothus (Buirer für Buir).

KAPITEL

EMPIRISCHE
ERGEBNISSE

Im Folgenden wird eine integrierte Auswertung über die unterschiedlichen Datentypen hinweg vorgenommen. Dabei wird zunächst das Protestcamp als Infrastruktur des Protests diskutiert. Daran anschließend geht es um das Verhältnis von Gewalt und Protest. Zuletzt wird die Radikalisierung im Klimaprotest untersucht.

3.1 INFRASTRUKTUREN
DES PROTESTS:
DAS CAMP

Ein Klimaprotestcamp ist ein temporärer Raum, der von Aktivist:innen geschaffen wird, um zusammen an gemeinsamen Zielen zu arbeiten: Protest gegen die Klimakrise und Förderung nachhaltiger Lebensweisen. Zumeist ist ein Protestcamp Ausgangspunkt temporärer Protestaktionen – wie Demonstrationen im rheinischen Revier – und zeitlich begrenzt gedacht. Eine Ausnahme bildeten das Dorf Lützerath und die Baumhäuser im Hambacher Wald, welche dauerhaft angelegt wurden. Das Protestcamp dient für die Dauer des Protests als notwendige Infrastruktur zur Planung konkreter Protestaktionen, ist selbst aber zumeist keine Protestbühne. Demonstrationen oder gezielte Kundgebungen finden also nicht im Camp selbst statt, Protestmärsche haben dort lediglich ihren Ausgangs- und zumeist auch Endpunkt. Basierend auf den Überlegungen, die sich aus der Aufarbeitung des Forschungsstandes ergaben, ist das Protestcamp eine Voraussetzung, damit unterschiedliche Gruppen in der Sammlungsbewegung des Klimaprotests im Rahmen von Demonstrationen gemeinsam wirksam werden können.

Die Struktur des Camps selbst zeugt von einer bewussten Organisation, die demokratische Werte, Nachhaltigkeit und Gemeinschaftlichkeit in den Mittelpunkt stellen möchte. Bereits beim Eintritt in das Camp

wird deutlich, dass sowohl gesundheitliche Vorsorge als auch eine klare Struktur wesentliche Elemente des Zusammenlebens darstellen. Covid-19-Tests, die am Eingang durchgeführt werden, spiegeln das Bewusstsein für kollektive Verantwortung wider, indem der Schutz vor Ansteckung priorisiert wird. Das Begrüßungszelt mit seinem Info-Punkt dient als zentraler Ort der Orientierung. Hier erhalten neue Teilnehmer:innen nicht nur Informationen zu organisatorischen Aspekten, sondern auch über verschiedene Rollen und Aufgaben (Organisations-team, Awareness-team, Auf- und Abbau des Camps), die sie übernehmen können, wie etwa das Reinigen von Gemeinschaftseinrichtungen (Toiletten, Duschen, Zeltplätzen und der Abwasch in der Küche) oder die Müllentsorgung. Der zentrale Versammlungsplatz, der von kleineren Zeltplätzen umgeben ist, unterstreicht die Funktion des Camps als gemeinschaftlichen Raum. Die Anordnung fördert Begegnung und kollektive Entscheidungsfindung, was insbesondere bei der Organisation von Aktionen und Workshops essenziell ist.

Die Campteilnehmer:innen sind aus ihrer Selbstrepräsentation zu schließen politisch links eingestellt und teilen offensichtlich ähnliche Werte in Bezug auf Umwelt- und Klimagerechtigkeit. Trotz der überwiegenden Teilnahme aus Deutschland wird durch die Anwesenheit von Menschen aus verschiedenen europäischen Ländern sowie Australien eine internationale Perspektive eingebracht. Diese teils betonte kulturelle Vielfalt trägt zum Wissenstransfer im Klimaaktivismus bei. Die gemeinsame Nutzung von Ressourcen und das Teilen von Wissen – etwa in Workshops – unterstreichen den kollaborativen Charakter des Camps. Die vegane Ernährung in der Feldküche ist ein symbolisches und praktisches Statement, das die Ideologie des Camps verkörpert. Indem auf tierische Produkte verzichtet wird, demonstrieren die Teilnehmer:innen ihre Verantwortung gegenüber der Umwelt und setzen ihre politischen Werte in alltägliche Praxis um. Die Nutzung von Keramikgeschirr statt Einwegmaterialien ist ein weiteres Beispiel für den Fokus auf Nachhaltigkeit und Müllvermeidung.

Das Camp bietet nicht nur Raum für Protest, sondern fungiert auch als Bildungsplattform. Zelte, die für Seminare und Workshops genutzt werden, decken ein breites Spektrum an Themen ab: von

Umweltschutz und *Degrowth* bis hin zu rechtlichen Grundlagen für zivilen Ungehorsam. Diese Workshops vermitteln den Teilnehmer:innen nicht nur theoretisches Wissen, sondern auch praktische Fertigkeiten für den Aktivismus. Beispielsweise bieten die Aktionstrainings gezielte Vorbereitung auf Protestaktionen, bei denen Taktiken wie das Durchfließen von Polizeiketten oder das Unterhaken für Blockaden erlernt werden.

Die Filmvorführungen zu aktivistischen Themen tragen zur Sensibilisierung und zum emotionalen Zusammenhalt bei. Sie schaffen eine gemeinsame Grundlage für Diskussionen und Reflexionen über vergangene und aktuelle Bewegungen. Diese Kombination aus Bildung, Diskussion und praktischer Anwendung macht das Camp zu einem zentralen Ort der Entwicklung von Proteststrategien. Nachhaltigkeit ist das Schlüsselprinzip des Camps, welches in allen Bereichen sichtbar wird. Von der Umgehung von Plastik bis hin zur Betonung von Müllvermeidung zeigt sich ein bewusstes Bemühen, ökologische Werte in die alltägliche Campstruktur zu integrieren. Diese Praktiken verdeutlichen, dass das Camp nicht nur ein Ort des Protests ist, sondern auch ein lebendiges Beispiel für alternative Lebensweisen. Das Klimaprotestcamp repräsentiert einen Mikrokosmos, der politische Ideale in konkrete Praxis überführt. Es schafft Raum für Gemeinschaft, Bildung und Aktionen, wobei Nachhaltigkeit und kollektive Verantwortung im Mittelpunkt stehen. Durch die Kombination aus theoretischer Auseinandersetzung und praktischer Umsetzung dient es als Modell für eine widerstandsfähige und transformative Bewegung, die weit über die Grenzen des Camps hinaus wirken kann.

3.2 DER EINSATZ VON GEWALT IN DER KLIMAPROTEST-SZENE

Im Mittelpunkt dieser Analyse steht die Klimaprotest-Szene im rheinischen Braunkohlerevier. Ihr Hauptgegner ist seit Jahren die deutsche Aktiengesellschaft RWE, ein riesiger deutscher Energiekonzern (18.310 Mitarbeitende und ein Umsatz von 38,4 Milliarden Euro im Jahr 2022).³ RWE wird von Klimaaktivist:innen als der eigentliche Gegner in ihrem Kampf für Klimagerechtigkeit gesehen. Die Kommunikation zwischen RWE und den Protestgruppen rund um das rheinische Revier findet nur bei Gerichtsverfahren oder öffentlichen Demonstrationen statt. Nach dem Modell der Konflikteskalation von Glasl (2012, S. 160) werden Feindbilder aufgebaut und die Konfliktparteien bemühen sich, Verbündete zu finden. **Beide Seiten misstrauen einander zutiefst und versuchen, ihre(n) jeweilige(n) Widersacher:in zu delegitimieren.** Darüber hinaus ist gegenseitige Verunglimpfung üblich. Infolgedessen ist die Bereitschaft aller Beteiligten zum Dialog sehr gering, da er ihnen nicht sinnvoll erscheint. Vielmehr bedarf es einer von allen Seiten akzeptierten Instanz, wie der „Kohlekommission“, die einvernehmliche Entscheidungen trifft, die auch überprüfbar umgesetzt werden. Die Entscheidungen der „Kohlekommission“ blieben jedoch nach Ansicht der Umweltverbände weit hinter den Erwartungen zurück und führten nicht zu einer Erhöhung der Legitimität dieses Gremiums oder gar zu einer Konfliktlösung:

³ <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/12949/umfrage/umsatz-von-rwe-seit-2002/>; <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/12950/umfrage/mitarbeiteranzahl-von-rwe-seit-2002/> (zuletzt gelesen am 12. Mai 2026).

„Auf dem Höhepunkt der Eskalation wurde [...] ein Polizist von einem Stein getroffen. Zuvor hatten Unbekannte mehrere Brände gelegt. Das Haus eines Baggerfahrers brannte komplett aus, drei Trafostationen standen in Flammen. Der Sachschaden beläuft sich nach Angaben der Polizei auf mehrere zehntausend Euro. Nach dem Anschlag auf ein RWE-Fahrzeug rückte die Polizei mit einem Großaufgebot an. Einsatzkräfte sperrten den Hambacher Forst ab; sie ließen niemanden hinaus und niemanden hinein.“ (Senf 2016)

Aus diesem Grund sieht RWE die wichtigsten Initiativen gegen den Tagebau nicht als dialogfähig an. Die Antwort auf die Frage, ob EG in einen Dialog mit RWE eintreten würde, ist nicht ganz so negativ, aber sehr verhalten und von strategischem Kalkül geprägt:

„Ich würde sagen, lasst es uns tun. Wir sollten uns sehr genau überlegen, worum es geht [...] Es käme auch darauf an, wer und was bisher gesagt worden ist. Die RWE-Sprecher haben immer nur versucht, uns zu verunglimpfen, haben sogar Lügen über uns erzählt.“ (Interview Sina Reisch)

Es wird deutlich, dass EG die andere Seite im Diskurs nicht als glaubwürdigen Gesprächspartner ansieht, weshalb kaum Interesse an einem verbalen Austausch besteht. Das anarchistische Bündnis Hb! ist klar antikapitalistisch sowie in Teilen auch antifaschistisch und militant. Im Jahresbericht des Verfassungsschutzes heißt es:

„Darüber hinaus hat die Gewaltausübung von Linksextremisten in der Waldbesetzerszene eine neue Qualität erreicht. So wurden beispielsweise im Hambacher Forst Polizeibeamte in menschenverachtender Weise mit Fäkalien beworfen. Bilder von Polizisten in fäkalienverschmutzter Einsatzkleidung waren tagelang in den Medien. Auch während der Räumungsmaßnahmen im Oktober 2018 wurden zahlreiche Steine auf

Sicherheitskräfte geworfen. Auch im Wald und auf Zufahrtswegen wurden Trittsteine und Stolperfallen versteckt.“ (Jahresverfassungsschutzbericht des Landes Nordrhein-Westfalen 2018, S. 160-161)

Diese militante Form des Protestes sorgte dafür, dass Hb! im Verfassungsschutzbericht des Landes Nordrhein-Westfalen über das Jahr 2018 Erwähnung fand und erklärte den erheblichen Anstieg linksextremistischer Straftaten im Beobachtungszeitraum. Unter anderem führten Brandstiftungen an Kabeltrassen und das Blockieren von Baggern und Laufbändern zu 944 Strafanzeigen im Zusammenhang mit dem Widerstand gegen die geplante Rodung des Waldes. Dies veranlasste den damaligen Vorstandsvorsitzenden der RWE AG, Rolf Martin Schmitz, einige Aktivist:innen in einem Interview mit BILD als „Öko-Terroristen“ zu bezeichnen:

„Für die Energie-Infrastruktur können wir selber sorgen, wenn niemand willkürlich eingreift. Wir benötigen weiterhin Rückendeckung gegen den gewalttätigen Tagebau-Protest. Gegen einige Öko-Terroristen, die schwere Verletzungen oder mehr bei unseren Mitarbeitern in Kauf nehmen, sind wir allein überfordert.“ (Pastors 2017)

info

Lock-on: Aktionsform des passiven Widerstands, bei der sich Protestierende mithilfe von Vorrichtungen oder Ketten an Objekte oder aneinander fixieren, um ihre Entfernung zu erschweren und so Aufmerksamkeit für ihr Anliegen zu erzeugen.

Interessanterweise unterscheidet der CEO nicht zwischen Straftaten, Ordnungswidrigkeiten und Formen zivilen Ungehorsams. Die Aktivist:innen hingegen beschuldigen die Polizei, zur Eskalation des Konflikts beizutragen und immer mehr Gewalt im Umgang mit den Protesten anzuwenden:

„Ich war tatsächlich in einem ‚Lockon‘, wenn auch nicht zementiert, aber das wird zum Beispiel vor Gericht als Widerstand gegen die Polizei gewertet. Und jetzt werden wir auch sehen, ob sie so etwas überhaupt verfolgen wollen – als Straftatbestand. [...] Aber es sind hauptsächlich Leute, die Steine geworfen haben und identifiziert wurden, jetzt vor einem Gerichtsverfahren aber dieses in einem Lockon sein oder sich dann wegtragen lassen. Das ist Widerstand! Und deshalb haben sie zum Beispiel bei meiner Räumung Schmerzgriffe eingesetzt, das ist, glaube ich, eine relativ neue Struktur bei der Polizei [...]. Wir hatten immer Pfefferspray und so, aber die Leute wurden oft einfach aus den Blockaden herausgeschleppt. Die Tatsache, dass sie jetzt Schmerzgriffe einsetzen, ist irgendwie der neue Standard.“ (Interview Dina Hamid)

In dem Bewusstsein, zumindest eine Ordnungswidrigkeit zu begehen, betrachten viele der gemäßigten Waldbesetzer nicht die Polizei, sondern das Sicherheitspersonal von RWE als ihre Hauptgegner:

„Das eigentliche Problem war aber das RWE-Sicherheitspersonal. Die Leute sagten, wenn die kommen, muss man wirklich vorsichtig sein, weil sie nicht darauf achten, wo sie zuschlagen und wie sie sich verhalten.“ (Interview Aktivist:in 3, Hb!)

In einem anderen Zitat äußert Aktivist:in 3 starke Ablehnung gegenüber der Verwendung des Begriffs „Terroristen“ im Zusammenhang mit dem Klimaaktivismus. Aktivist:in 6 argumentiert, dass, wenn jemand als Terrorist zu bezeichnen wäre, es die Personen oder Organisationen sein

sollten, die für die aktuelle Situation verantwortlich sind, wobei RWE ausdrücklich als Beispiel genannt wird:

„Es ist einfach absurd, diesen Begriff zu verwenden, denn wenn man Menschen als Terroristen bezeichnen will, dann sollten es auf jeden Fall die sein, die für die aktuelle Situation verantwortlich sind. Da fällt mir RWE ein.“ (Interview Aktivist:in 6)

Die Härte des Protests wirkt sich auch auf die gesellschaftliche Akzeptanz und die Stimmung in der Bevölkerung aus. Einen Aufruf zur Gewalt gab es vonseiten EG allerdings nie. Der Aktionskonsens von EG auf ihrer Website zeigt das Gegenteil. Bei Aktionen sollen keine Personen gefährdet werden:

„Wir werden uns ruhig und besonnen verhalten; wir werden keine Menschen gefährden. Wir werden mit unseren Körpern blockieren und besetzen; es ist nicht das Ziel, Infrastruktur zu zerstören oder zu beschädigen. Wir werden uns nicht von baulichen Hindernissen aufhalten lassen. Wir werden durch oder um Barrieren der Polizei oder des Werkschutzes herumgehen. Unsere Aktion wird ein Bild der Vielfalt, Kreativität und Offenheit vermitteln. Unsere Aktion richtet sich nicht gegen die Beschäftigten von RWE, die von RWE beauftragten Unternehmen oder die Polizei. Die Sicherheit der teilnehmenden Aktivist:innen, der Arbeiter und aller Teilnehmer hat für uns oberste Priorität. (Ende Gelände 2019)

Die ehemalige EG-Pressesprecherin, Sina Reisch, vermutet, dass der undifferenzierte Gewaltvorwurf ein Versuch ist, die Bewegung zu spalten.

„Ich denke, das ist genau das Richtige für uns, das ist eine grundsätzliche Frage der Bewegung, weil es immer – weil es Versuche von außen gibt, uns zu spalten. Ja, den ‚Freitagsleuten‘ wird gesagt, dass ‚Ende Gelände‘ nicht legitim ist und dass wir die Kriminellen sind. Und

letztes Jahr rund um den Hambi wurde gesagt, ‚Ende Gelände‘ sind die Guten, weil sie friedlich demonstrieren, und ‚Hambi bleibt!‘, das sind die Gewalttäter, und so wird immer versucht, da einen Keil reinzutreiben, aber wir müssen uns einfach immer daran erinnern, dass wir alle an einem Strang ziehen.“ (Interview Sina Reisch)

EG distanziert sich zwar von Gewaltanwendung, zeigt sich aber solidarisch mit Gruppen, die dies nicht tun:

„[...] Und genau deshalb sind wir solidarisch mit Menschen, die solche Sabotageakte begehen. Wir sagen, das ist nicht unsere Methode, aber ich kann auch verstehen, dass sie es lieber so machen wollen.“
(Interview Sina Reisch)

Diese Aussage ist noch im Bereich der Meinungspyramide angesiedelt. Einzelne Personen innerhalb der Bewegung halten Gewalt für legitim, um politische Ziele zu erreichen, und rechtfertigen die Handlungen anderer. Sie würden jedoch niemals selbst gewalttätig werden.

Ein:e Aktivist:in von ER, einer Organisation, die sich aktiv an den Protesten im rheinischen Braunkohlerevier beteiligt, hat eine sehr differenzierte Sicht auf Gewalt und lehnt sie in einer demokratischen Gesellschaft ab, wenn sie sich gegen Menschen richtet:

„Nun, ich kann es mir weder für mich noch für die gesamte Bewegung vorstellen, aber ich denke, wie ich schon sagte, es liegt daran, dass wir hier das Privileg haben, friedliche Proteste durchführen zu können, während die Menschen in anderen Ländern das einfach nicht tun können. Sie würden für ihre Demonstration kriminalisiert werden. [...] Ich denke, ich spreche für fast alle anderen Bewegungen für Klimagerechtigkeit; tatsächliche Gewalt, wenn es darum geht, Menschen auf physischer oder psychischer Ebene zu verletzen, ist für uns völlig ausgeschlossen.“ (Interview Aktivist:in 4, ER)

Ein:e Aktivist:in aus der Waldbesetzerszene zieht eine Grenze zwischen Gewalt gegen Menschen und Gewalt gegen Sachen. Damit werden Sabotageakte gegen die Infrastruktur von RWE angesichts der zu erwartenden Erderwärmung legitimiert. Umgekehrt wird RWE vorgeworfen, tatsächliche Gewalt auszuüben:

„Für mich ist die Definition von Gewalt, Menschen oder anderen Lebewesen körperlichen Schaden zuzufügen. Und das werde ich nicht tun! Alles andere, z. B., wenn Maschinen kaputt gehen – das finde ich in Ordnung! [...] Gewalt ist für mich, wenn RWE einen Urwald abholzt und das Klima zerstört und Milliarden von Menschen, die in Zukunft kommen werden, einfach zu einem Leben in einer zerstörten Welt verdammt – das ist für mich Gewalt. Ich finde es immer ein bisschen lächerlich, wenn solche Vorwürfe an uns herangetragen werden.“ (TV-Interview mit „Clumsy“)⁴

⁴ Obwohl „Clumsy“ mehrmals im Hambacher Forst getroffen wurde, wurde kein Interview geführt. Das Zitat stammt aus der Dokumentation „Widerstand im Hambacher Forst: Die Rote Linie“ (Minute 25:03), die vorübergehend in der WDR-Mediathek abrufbar war.

info

Ein indigenes Protestbündnis aus Kolumbien war zu einem Klima-protest-Workshop in Berlin zum Thema Dekolonisierung eingeladen. Diese Gruppe berichtete, dass sie Gewalt bis hin zu Morddrohungen ausgesetzt sind, weil sie gegen den Kohleabbau von Glencore und Drummond protestieren, der ihnen die Lebensgrundlage entzieht.

Die Umweltzerstörung durch den Tagebau wird als Hauptgrund für den Widerstand hervorgehoben. Es wird deutlich gemacht, dass diese Situation nicht widerstandslos hingenommen wird. Wie bei vielen Großdemonstrationen und Protesten innerhalb des linken politischen Spektrums gibt es auch im Zusammenhang mit dem Hambacher Forst sogenannte „**Störtouristen**“, die die Aktion als Abenteuer sehen und sich nur deshalb darauf einlassen wollen.

„Ich weiß, dass die Leute zu bestimmten Zeiten hierher kamen, weil es ein Brennpunkt für Konflikte war. Die Leute kamen hierher, um Konfrontationen mit der Polizei oder einem großen Unternehmen zu haben. Einige von ihnen wussten nicht einmal, dass es um Kohle ging und hatten keine Ahnung von der Klimasituation. Sie sind einfach mit ihren Rucksäcken in den Zug gestiegen und wussten nicht einmal, wo sie aussteigen sollten.“ (Interview Antje Grothus)

Die Mehrheit der Aktivist:innen lehnt gewaltsame Aktionen ausdrücklich ab, beschuldigt aber das Sicherheitspersonal von RWE, oft extreme Gewalt anzuwenden. Viele dieser Geschichten beruhen auf Hörensagen auf beiden Seiten, da es kaum stichhaltige Beweise gibt, wie im folgenden Fall:

„2016 gab es einen schweren Vorfall, bei dem ein Sicherheits- oder Fabrikarbeiter von RWE einen Aktivist:innen mit einem Pickup überfuhr. [...] Sie setzten ihn dann in den Pickup und brachten ihn irgendwohin. An diesem Punkt sagten wir: So kann es nicht weitergehen. Menschen können nicht physisch verletzt werden.“ (Interview Antje Grothus)

Viele Aktivist:innen lehnen es ab, die RWE-Beschäftigten kategorisch als Gegner:innen zu betrachten. Sie setzen sich dafür ein, gemeinsam eine konstruktive Vision für die Zukunft zu entwickeln, in der diese Beschäftigten ihre Arbeitsplätze in einem neu ausgerichteten Unternehmen behalten können.

„[...] also, vielleicht zurück zu RWE, ähm, man muss die Dinge irgendwie trennen, weil, ähm, unsere Absicht ist nicht wirklich, die Leute, die bei RWE arbeiten, zu diskreditieren. Es war immer unser Anliegen, zu sagen, ‚Hey, lasst uns doch mal gemeinsam daran arbeiten, wie eine andere Zukunft aussehen kann.‘“ (Interview Aktivist:in 1, EG)

Aktivist:in 7 behauptet, dass man bei den meisten Aktionen mit Repressionen konfrontiert wird, vor allem, wenn sich die Polizei einmischt:

„Ich glaube, dass man bei den meisten Aktionen Repressionen erfährt, vor allem wenn die Polizei eingreift. Egal, ob es sich um verbale oder physische Gewalt handelt, es ist eine klare Unterdrückung. Ich empfinde es zum Beispiel als verbal oder gewalttätig, wenn die Polizei sagt: ‚Mach dies oder das, oder wir werden Gewalt anwenden!‘ Es ist eine Form der Folter, Menschen mit körperlichen Schmerzen zu drohen und sie zum Handeln zu zwingen. Ganz genau. Und ich glaube, für körperliche Unterdrückung oder Gewalt brauche ich keine Beispiele zu nennen. Es gibt unzählige Berichte von Sanitätern vor Ort, die mit Zusammenbrüchen, Verletzungen und der Behandlung von Schädel-Hirn-Traumata zu tun haben.“ (Interview Aktivist:in 7)

Sowohl verbale als auch physische Gewalt durch die Polizei wird klar als Formen der Repression eingestuft. Der/die Aktivist:in war bei einer bestimmten Veranstaltung als Sanitäter:in anwesend und behandelte zahlreiche Personen, die Verletzungen wie gebrochene Nasen, Arme und Prellungen erlitten hatten. Dies ist eine Erfahrung aus erster Hand:

„Ich war auch dabei, als Sanitäter, und ich habe viele Menschen behandelt, die mit gebrochenen Nasen, Armen und Prellungen kamen.“ (Interview Aktivist:in 7)

Aktivist:in 9 definiert Repression als alle Maßnahmen, die darauf abzielen, Aktivist:innen einzuschüchtern und abzuschrecken. Hervorgehoben wird die starke Repression, die bei Protesten oft von der Polizei ausgeübt wird. Auch wird auf Fälle von Gewalt verwiesen, insbesondere während der jährlichen EG-Aktionen. Die Notwendigkeit wird betont, solche Repressionen anzuprangern, die darauf abzielen, den laufenden Aktivismus zu behindern:

„Also, unter Repression würde ich alles verstehen, was uns einschüchtern und davon abhalten soll, aktiv zu sein oder aktivistische Aktionen zu machen. Starke Repression geht oft von der Polizei aus, die während der Proteste präsent ist und meist alles andere als deeskalierend agiert. Ein gutes Beispiel dafür sind die fast jährlich stattfindenden Ende-Gelände-Aktionen, bei denen es immer wieder zu immensen Gewalttaten kommt, die oft von der Polizei verübt werden. Und natürlich gibt es auch eine Verurteilung der Repression, die uns einschüchtern und daran hindern soll, weiter aktiv zu sein.“ (Interview Aktivist:in 9)

Obwohl es in der Vergangenheit und Gegenwart zu Gewaltanwendungen durch Aktivist:innen gekommen ist – zum Beispiel wurde in Lützerath ein Molotow-Cocktail auf die Polizei geworfen – sehen die meisten Aktivist:innen Gewalt nicht als legitimes Mittel des Protests an. **Der breite Konsens besteht zumindest darin, keine Gewalt gegen Menschen anzuwenden.** Aktivist:in 8 reflektiert über dieses Thema und den aktuellen Stand des Klimaaktivismus und betont, wie wichtig es ist, die Wirksamkeit des kollektiven Ansatzes immer wieder zu hinterfragen:

„Es ist also ein ständiges Hinterfragen. Aber es ist klar, dass diese Eskalation Teil eines erfolgreichen zivilen Ungehorsams ist. Und auf keinen Fall gewalttätig. Aber wir sind gewaltfrei, wir bleiben es, sonst ist es ein Misserfolg und wir haben einfach versagt.“ (Interview Aktivist:in 8, LG)

Aktivist:in 8 erkennt den Erfolg des zivilen Ungehorsams an, wenn es darum geht, Ziele zu erreichen, ohne auf Gewalt zurückzugreifen. Der/die Aktivist:in hat an Straßenblockaden in Köln und Berlin teilgenommen und erzählt Details über die Aktion:

„Ich habe mit den Protesten in Berlin angefangen und dort habe ich immer wieder Schmerzen erlebt. Und auch, ja, ein brutales Vorgehen bei der Durchsetzung der Räumung – das hat mich sehr geprägt. In Köln, als ich auf die Straße ging, war man sehr vorsichtig, sehr freundlich. Die Polizisten haben ihr Verhalten uns gegenüber spürbar geändert. Es gab zwar gelegentlich Ausreißer, aber ich habe eher ein sehr professionelles Verhalten erlebt, immer ein bisschen herablassend, eine Art Autorität von oben. Aber man hat gemerkt, dass sie sehr bemüht waren, einen höflichen, freundlichen Umgang zu pflegen.“ (Interview Aktivist:in 8, LG)

Der/die Aktivist:in lobt sogar die Polizei, die im Laufe des Protests immer wieder lernte, die Aktivist:innen mit Respekt zu behandeln und auf Gewalt zu verzichten.

Dieser Abschnitt zeigt, dass Gewalt von der großen Mehrheit der Aktivist:innen abgelehnt wird. **Einige wenige legitimieren die Gewalt anderer, würden sich aber selbst nie aktiv beteiligen.** Wenn es um Menschen geht, die Opfer von Gewalt werden könnten, gilt für alle ein Tabu, das nicht gebrochen werden darf.

3.3 RADIKALISIERUNG DER KLIMAPROTEST-BEWEGUNG

In der Hambi bleibt!-Szene treten Stimmen offen für die Notwendigkeit von Militanz und Radikalität ein, um sich von anderen Gruppen abzugrenzen. Militanz wird als Mittel gesehen, um auf den Diskurs aufmerksam zu machen. Das einprägsamste Ereignis für die Hb!-Beteiligten war die groß angelegte Räumung von Baumhäusern im Jahr 2018 mit zahlreichen Widerstandsaktionen der Aktivist:innen. Sie betonen, dass sie nie zur bürgerlichen Mittelschicht gezählt werden wollen. **Für sie ist ein gewisses Maß an Radikalisierung oder sogar Militanz notwendig, um ihre Ziele zu erreichen.** Der Großteil dieser Denkweise basiert auf der Meinungs-, nicht auf der Aktionspyramide (McCauley & Moskalenko 2017, S. 211 f.).

„Nun, was den Leuten in Erinnerung geblieben ist, ist, dass ich denke, dass die Räumung Ende 2018 am meisten hervorsticht, weil sie natürlich nicht reibungslos verlief. Räumungen sind nie angenehm, aber es war ein Moment, in dem jahrelange Militanz, auch innerhalb des Projekts, die nicht die Wellen in den Medien schlug – die notwendig war, um eine Diskussion über Klimagerechtigkeit anzustoßen – endlich etwas erreichte. Das ist ganz gut gelaufen. Was allerdings nicht so gut lief, war, dass sich einige Organisationen und Parteien auf das Thema gestürzt haben. Dann gab es diese Großdemonstration, nachdem alles vorbei war, mit Konzerten und nicht-vegane Essensständen. Plötzlich wurde das Ganze als eine

bürgerliche, harmlose Bewegung dargestellt, was es nie war und auch nicht sein wollte. Das ist eine Tatsache.“
(Interview Aktivist:in 2, Hb!)

Es bleibt der Eindruck, dass bei solchen Aussagen auch jugendliche Provokation und Wichtigtuerei eine Rolle spielen. Aktivist:innen von Hb! verwenden sogar kontextfreie Zitate von Ulrike Meinhof (Rote-Armee-Fraktion) auf Schildern im Wald: „Protest ist, wenn ich sage, das und das passt mir nicht. Widerstand ist, wenn ich dafür Sorge, dass das, was mir nicht passt, nicht mehr passiert!“⁵ Dieses Beispiel verdeutlicht die Perspektive einzelner Aktivist:innen aus einer extrem linksradikalen Splittergruppe innerhalb der Bewegung. Allerdings teilen nicht alle Besetzer:innen im Hambacher Forst diese Perspektive, denn in spontanen Gesprächen vor Ort zeigte sich ein Fokus auf Gewaltlosigkeit. Die Aktivist:innen setzten eher auf aktiven Umweltschutz und den Ausbruch aus Alltagsstrukturen. Die Camps vor Ort waren von anarchisch bis basisdemokratisch organisiert, wobei alle Beteiligten auf ihre Weise einen Beitrag leisteten. Während eines Plenums wurde dies am Lagerfeuer diskutiert (die Aktivist:innen wollten nicht interviewt werden, sprachen aber offen über ihre Beweggründe, im Wald zu bleiben).

„[...] plötzlich war ich an diesem Ort, und, na ja, ich weiß nicht, wie die Entscheidung getroffen wurde, aber es gab sofort eine Plenarsitzung, also die Sprecher der Bezugsgruppen wurden zusammengerufen. [...] Und dann fing die Leute an, nachdem die Aufgaben verteilt waren, und es wurde nicht mit Gewalt gemacht, wie ‚du musst das machen‘, sondern es war immer freiwillig. Manche Leute haben vielleicht den ganzen Tag in einer Hängematte verbracht, andere haben den ganzen Tag geputzt, manche haben gekocht, manche haben den ganzen Tag Baumhäuser gebaut.“ (Interview Aktivist:in, 3 Hb!)

Viele friedliche Demonstrant:innen schließen sich keiner Gruppe an und haben neben dem Umweltschutz keine politischen Überzeugungen. Für einige steht der Erlebnisaspekt im Vordergrund. Dies spiegelt sich in ihrer Dauer vor Ort und der Teilnahme an verschiedenen Aktionsformen wider. Diese Aktionen werden rechtlich unterschiedlich bewertet. **Etliche Aktivist:innen ziehen ihre moralische Grenze zwischen Ordnungswidrigkeit und Straftat.** Die wenigsten bleiben dauerhaft vor Ort und gestalten die Richtung des Camps aktiv mit.

„Nein, als ich im Hambacher Forst war, waren wir in diesem Lager, und theoretisch war es Privatgelände, das RWE gehörte, also durften wir dort nicht sein. Aber solange es nicht eingezäunt war, war es theoretisch nur eine Ordnungswidrigkeit, also konnten wir dort bleiben. Aber niemand hat die Grube betreten, zumindest nicht, als ich dort war. Aus meiner Sicht ging es den Hambacher-Forst-Aktivist:innen in der Zeit, in der ich dort war, eher um den Schutz des Waldes. Es ging nicht darum, eine Form des zivilen Ungehorsams voranzutreiben, wie es ‚Ende Gelände‘ tat. Sie waren schon seit Jahren dort. Ich hatte eine Freundin, die dort war; ich glaube, sie war sechs Jahre lang jeden Sommer dort. Und sie war nicht Teil einer Gruppe, sie war mit zwei anderen Leuten in einem Teil des Waldes. Ich glaube, das Hauptziel war es, ihn zu besetzen, damit er nicht gerodet werden konnte.“
(Interview Aktivist:in 3, Hb!)

Diese Aussage zeigt, wie diffus und heterogen die lokale Protestszene ist. **Es gibt basisdemokratische Entscheidungsprozesse, aber auch anarchische Bestrebungen**, die keine Anführer:innen haben und keinen Zwängen unterworfen sind. Einige Aktivist:innen kritisieren die derzeitige Regierung und machen deren Untätigkeit für die zukünftige Radikalisierung verantwortlich. Der/die Aktivist:in 5 drückt ein Gefühl von Enttäuschung und Verzweiflung über die grüne Partei wegen

⁵ <https://germanhistorydocs.org/de/zwei-deutsche-staaten-1961-1989/ulrike-meinhof-ruft-dazu-auf-vom-protest-zum-widerstand-ueberzugehen-mai-1968> (zuletzt gelesen am 21. Mai 2026).

Untätigkeit und ihrer einseitigen Ausrichtung auf Energie aus.⁶ Auf einer EG-Demonstration in Hamburg wurde ein Schild hochgehalten, auf dem stand: „Die Grünen sind nicht Teil der Lösung, sondern Teil des Problems!“

„[...] es mag radikalisiert sein, aber es verursacht auch wirklich viel Verzweiflung. Also eigentlich hat man von den Grünen seit 15 Jahren nicht mehr viel erwartet. Und trotzdem muss ich sagen, dass es der Aktionismus von Herrn Habeck war, jetzt alles auf Energie zu setzen. Also auch für mich war das wieder ein Schock, wo ich gesagt habe: Wenn die das auch nicht machen, wen haben wir denn sonst in einer radikaleren Opposition? Es gibt die Linken, die auch in dieser Frage gespalten sind, und dann gibt es nichts mehr. Aus parteipolitischer Sicht gibt es also einfach keinen ernsthaften Akteur mehr. Und das verstärkt natürlich eine große Hoffnungslosigkeit oder eine echte Depression. Was kann man denn noch tun? Und das treibt die Leute in die Passivität oder in die Radikalität oder ich weiß nicht was, aber auf jeden Fall ist es eine große Anstrengung, damit umzugehen.“ (Interview Aktivist:in 5, EG)

Das Fehlen einer ernsthaften Opposition seitens der politischen Parteien führte zu einem Gefühl der Hoffnungslosigkeit und einer möglichen Radikalisierung in der Öffentlichkeit. Das Fehlen einer substantiellen Alternative trägt bei einigen Aktivist:innen zu einem Gefühl der Depression und Frustration bei:

„Ich würde es sogar auf politischen Aktivismus ausdehnen. Ich denke auch, nun, Sie haben Beispiele für privates Verhalten oder Lebensstil genannt; ich weiß nicht, ob ich das als radikal bezeichnen würde. Ich

würde sagen, eine grundlegend kritische oder negative politische Haltung gegenüber der aktuellen Situation einzunehmen. Das ist radikal, und es ist genau die richtige Reaktion auf das, was hier im Moment passiert. Und ich denke nicht, dass es besonders radikal ist, vegan zu leben und nicht zu fliegen. Es ist eher eine persönliche Entscheidung. Ich denke, es ist radikal, sich öffentlich dagegen zu stellen.“ (Interview Aktivist:in 5, EG)

Der/die Aktivist:in 5 argumentiert, dass wahre Radikalität über privates Verhalten oder Lebensstilentscheidungen hinausgeht. Er/sie glaubt, dass eine grundsätzlich kritische oder negative politische Haltung gegenüber der aktuellen Situation radikal ist und sieht öffentlichen Widerstand, Zusammenarbeit mit anderen oder organisierten Bemühungen als wirklich radikale Reaktionen an. Der/die Aktivist:in unterscheidet sie von persönlichen Entscheidungen wie Veganer zu werden oder nicht zu fliegen.

Dina Hamid, Pressesprecherin von EG, beschreibt die Entwicklung des Klimaaktivismus und stellt fest, dass sich die Bürgerinitiativen anfangs hauptsächlich auf die Frage der Umsiedlung konzentrierten. Im Laufe der Zeit verlagerten sich die Diskussionen innerhalb der Bewegung auf konfrontativere Taktiken, wie zum Beispiel Sabotage. Die Erklärung wirft die **Frage nach den Grenzen akzeptabler Maßnahmen** auf, um die Klimakrise anzugehen und auf sie aufmerksam zu machen:

„Die ersten Klimacamps fanden 2010 statt. Davor waren es vor allem Bürgerinitiativen, die sich gegen Umsiedlungen und Ähnliches, gegen Kohle, eingesetzt haben. Dann gab es Blockadetechniken und solche Geschichten. Und dann, vor zwei oder drei Jahren, begann man verstärkt, über Sabotage oder Ähnliches zu diskutieren, und zwar öffentlich. Es gab nie einen Punkt, an dem dies intern diskutiert wurde und nicht Teil des öffentlichen Diskurses war. Was darf man eigentlich tun, um die Klimakrise zu stoppen oder auf sie aufmerksam zu machen?“ (Interview Dina Hamid, EG)

⁶ Nach der Bundestagswahl 2021 regierte bis 2024 eine Ampelkoalition, bestehend aus der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD/Rot), der Freien Demokratischen Partei (FDP/Gelb) und dem Bündnis 90/Die Grünen (Grün).

Hamid hat Vorbehalte, von einer „Klima-RAF“ zu sprechen (siehe Ulrike-Meinhof-Zitat auf Seite 44 oder EG 2019) oder den Begriff Radikalisierung zu verwenden, ohne dessen Bedeutung zu berücksichtigen. Stattdessen betont sie die Relevanz der Organisation innerhalb der Klimagerechtigkeitsbewegung. Sie weist darauf hin, dass Radikalisierung in diesem Zusammenhang nicht heißt, militante Aktionen durchzuführen, sondern sich zu organisieren und einen alternativen Lebensstil zu leben. Sie betont die Notwendigkeit, zu analysieren, was die Situation erfordert, und hofft, dass sich mehr Menschen langfristig engagieren und die Herausforderungen der Zukunft aktiv angehen, anstatt wegzusehen oder sich hoffnungslos zu fühlen. Ihre Ansicht steht somit im Gegensatz zur Aussage von Aktivist:in 5.

„Und ich finde es immer ein bisschen schade, wenn in der Öffentlichkeit von einer Klima-RAF oder so gesprochen wird oder behauptet wird, dass der Begriff Radikalisierung für mich einfach keinen Sinn macht, weder intern noch öffentlich, weil man erst mal gucken muss, was bedeutet Radikalisierung. Etwas Militantes? Militante Organisation? Beides lässt sich nicht mit ‚Bauen wir mehr Mollis [Molotow-Cocktails] oder mehr brennende Barrikaden oder versuchen wir, Pipelines zu zerstören?‘ zusammenfassen. [...] Und ist das etwas, wo Leute irgendwie eine Demonstration organisieren und an einem Protest gegen eine Aktion teilnehmen und im Grunde alleine dastehen? Oder nehmen wir unser Organisieren so ernst, dass wir wissen, dass wir gemeinsam eingebettet sein wollen, auch in lebendige Alternativen, was ja schon ein Prinzip dieser Klimagerechtigkeitsbewegung ist, sowohl auf ökologischer als auch auf sozialer Ebene. [...] Ich würde gerne eine Radikalisierung sehen. Also ich hoffe auch, dass sich mehr Menschen langfristig engagieren und nicht wegschauen oder einfach hoffnungslos oder tatenlos in die Zukunft schauen.“ (Interview Dina Hamid, EG)

Das Erwähnen von Molotow-Cocktails, brennenden Barrikaden und gesprengten Pipelines ist ein Statement, das an der Spitze der Meinungspyramide verortet werden muss, wo Individuen eine persönliche moralische Verpflichtung empfinden, im Namen ihrer Sache Gewalt auszuüben. Hamid plädiert für eine Radikalisierung, die ein ernsthaftes und nachhaltiges Engagement für die Sache beinhaltet und ökologische und soziale Prinzipien innerhalb der Bewegung für Klimagerechtigkeit fördert. Sie gibt ein Beispiel dafür, wo dieses Konzept ihrer Meinung nach in der Welt bereits umgesetzt wurde:

„Ich kann also nur auf einige Freunde verweisen, die sagen, dass Rojava und die zapatistischen Gebiete wirklich hervorstechen. Sie sind Beispiele für autonome und damit von Staaten unabhängige Gebiete, die sich auch im Krieg mit einigen Staaten befinden. Dort gibt es eine basisdemokratische Organisation.“ (Interview Dina Hamid, EG)

info

„Das Entstehen einer Klima-RAF muss verhindert werden.“ Dies ist ein Zitat des deutschen Politikers Alexander Dobrindt (CSU). Der Chef des Bundesamtes für Verfassungsschutz bezeichnete Dobrindts Aussage zur „Klima-RAF“ als Unsinn (beck-aktuell 2022).

Für die Klimabewegung gibt es Vorbilder dafür, wie eine Gesellschaft funktionieren sollte. Hamid hebt das kurdische Rojava und die mexikanischen zapatistischen Gebiete als autonome Regionen hervor, die von den Staaten unabhängig sind und sich basisdemokratisch und antipatriarchalisch organisieren. Beide entstanden aus Situationen, in denen ihnen zunächst das Existenzrecht verweigert wurde, sie sich aber selbst organisierten, um ihre Autonomie einzufordern. Ihr Reiz liegt in der Überwindung fossiler sowie kapitalistischer Strukturen. Persönliche Verbindungen, die durch Veranstaltungen und gemeinsame Aktionen entstehen, tragen zur Attraktivität dieser Bewegungen bei. Einige EG-Aktivist:innen haben bereits die Strukturen in Mexiko und Rojava besucht. Die Bewegungen stehen marktwirtschaftlichen Lösungen für den Klimawandel wie dem Emissionshandel und der CO₂-Steuer kritisch gegenüber. Hamid ist skeptisch, ob diese Mechanismen wirksam sind, um Klimagerechtigkeit zu erreichen und die vereinbarten Klimaziele zu erfüllen. Sie betont, wie wichtig es ist, **dass die Klimabewegung weiterhin die Dominanz der Marktlogik in Frage stellt** und sich für alternative, solidarische Ansätze einsetzt:

„Und dann kommen immer Leute daher und reden vom Emissionshandel und der CO₂-Steuer. Und diese marktwirtschaftlichen Lösungen sind keine Lösungen. [...] Wir wollen auch Alternativen zur Marktgläubigkeit und zur Marktlogik leben und das greifbar machen, Solidarität greifbar machen.“ (Interview Dina Hamid, EG)

Tadzio Müller arbeitete als Berater für Klimagerechtigkeit und internationale Politik für die Rosa-Luxemburg-Stiftung, bevor er Vollzeitaktivist wurde. Er diskutiert über die Radikalisierung der Klimakrise und ihre Auswirkungen auf den Klimaaktivismus in Deutschland:

„Ich engagiere mich seit 15 Jahren in Deutschland im Klimaaktivismus [...]; jeder [...] weiß: Man kann den Klimawandel nicht mehr bewältigen. [...] Jeder weiß über das Thema Bescheid. Interessant ist, dass es eine Radikalisierung der Klimakrise gibt, und [...] es gibt keine zunehmende Klimapolitik [...]. Die Krise verschärft sich,

das Haus brennt immer mehr, also versucht man, mehr Feuer zu löschen. Das Haus brennt, aber einige andere legen noch ein paar Grillanzünder drauf. Was passiert also, wenn sich die Klimakrise radikalisiert? Sie führt nicht zu mehr Klimaschutz, sondern zweitens zu einer Radikalisierung von Verdrängung oder Ignoranz. Denn wenn man eine eskalierende Klimakrise hat, mit der man sich nicht auseinandersetzt, dann muss man sie immer mehr verdrängen, damit man im Kopf nicht verrückt wird.“ (Interview Tadzio Müller, EG)

Müller stellt fest, dass das Bewusstsein für die Klimakrise wächst, betont aber, dass dies nicht dazu geführt hat, die Effektivität der Klimapolitik zu erhöhen. Stattdessen argumentiert er, dass es eine Radikalisierung der Verdrängung oder Ignoranz gibt, bei der die Gesellschaft versucht, die eskalierende Krise auszublenden:

„Dann wird es natürlich eine weitere Radikalisierung der Klimaproteste geben müssen. Denn wenn jemand anderes etwas tut, dann müssen wir durch unsere Aktionen dafür sorgen, dass wieder etwas getan wird, oder [...] unsere Aktionen müssen selbst das darstellen, was getan wird, wie friedliche Sabotage [...] von Gaskraftwerken oder der Rückbau von neuen Gaskraftwerken. Geschichten wie diese, diese Verzahnung, die Klimakrise eskaliert und deshalb muss die Gesellschaft ihre Repression eskalieren. Und wir müssen deshalb unsere Aktionen eskalieren. Und das Ganze ist einfach eine Spirale, die sich im Grunde genommen in einen unlösbaren Konflikt hineinbewegt.“ (Interview Tadzio Müller, EG)

Müller prognostiziert eine Radikalisierung der Klimaproteste als Reaktion auf die eskalierende Krise und die zunehmende Repression. Er erwähnt das Potenzial für Aktionen wie Sabotage oder Blockaden bis hin zur Zerstörung von Infrastruktur, wie am 5. März 2024 geschehen, als bislang unbekannte Täter:innen einen Strommast auf einem Feld in Brand setzten, der zur Stromversorgung der Elektroautofabrik Tesla

in Grünheide bei Berlin gehört. Die Produktion kam für fast eine Woche zum Stillstand. Zu dem Anschlag bekannte sich die linksextremistische Vulkan-Gruppe. Die Bundesanwaltschaft übernahm die Ermittlungen. Ein Protestcamp, das gegen eine von Tesla geplante Erweiterung demonstrierte, hat nach Angaben der Initiative Stop Tesla nichts mit dem Anschlag zu tun (Tagesspiegel 2024). Die linksextremistische und nicht eindeutig dem Klimaprotest angehörige Vulkan-Gruppe ist zweifellos der höchsten Stufe der Aktionspyramide zuzuordnen, da sie sich illegalen Tätigkeiten widmete, um einem politischen Anliegen zu dienen, und gesetzeswidrige Handlungen vornahm, die indirekt Zivilist:innen schädigten (McCauley & Moskalenko 2017, S. 212). Dies ist auch als eine Spirale zu sehen, die zu einem unlösbaren Konflikt führt, in dem die Repression der Gesellschaft als Reaktion auf die Aktionen der Aktivist:innen zunimmt. Dies sind natürlich alles Denkmodelle innerhalb der Meinungspyramide.

Lina Eichler der LG betont, dass traditionelle Methoden wie das Unterschreiben von Petitionen und wöchentliche Stadtspaziergänge unwirksam sind, wenn es um drohende Gefahren wie den Klimawandel geht:

„Es ist also klar, dass wir nicht weiterhin Dinge tun können, von denen wir wissen, dass sie ignoriert werden und die aus meiner Sicht nichts bewirken werden, weil wir das seit Jahrzehnten tun. [...] Es reicht nicht, eine Petition zu unterschreiben und jeden Freitag durch die Innenstadt zu laufen. Stattdessen müssen wir aktiver werden und auf das zurückgreifen, was in der Vergangenheit funktioniert hat.“ (Interview Lina Eichler, LG)

LG distanziert sich klar von Gewalt, setzt aber sehr intensive Blockaden ein, die den Individualverkehr in Großstädten komplett zum Erliegen bringen. Zu diesem Zweck kleben sich die Aktivist:innen mit ihren Händen auf die Straße und müssen von Mitarbeitenden der Polizei und Rettungsdiensten langsam vom Asphalt entfernt werden. Eichler betont, dass es aktiverer und historisch bewährter Ansätze bedarf, um die derzeitige Situation sinnvoll zu verändern. Sie plädiert für eine Verlagerung des Aktivismus hin zu wirkungsvolleren Aktionen. Eichler hat an

vielen Straßenblockaden und anderen Bodenaktionen teilgenommen. Sie unterstreicht die **Bedeutung des gewaltfreien Protests und bringt gleichzeitig ihr mangelndes Vertrauen in die Fähigkeit des derzeitigen politischen Systems** zum Ausdruck, die Klimakrise wirksam anzugehen. Sie hat bestimmte historische Vorbilder im Kopf:

„Was inspiriert uns? [...] Man schaue sich zum Beispiel die Bürgerrechtsbewegung in den USA und Martin Luther King an. [...] Eine Sache, die mir im Moment sehr, sehr wichtig ist, ist, dass ich es nicht für radikal halte für sein eigenes Überleben zu kämpfen. [...] unser Protest ist ganz klar gewaltfrei, [...] unser Protest ist gewaltfrei in dem, was er ist, und alles, was für uns im gewaltfreien Rahmen möglich ist, machen wir, aber nichts, was nicht gewaltfrei ist.“ (Interview Lina Eichler, LG)

Henning Jeschke von derselben Gruppe greift das Problem auf, dass Politiker:innen Demonstrationen einfach abwarten oder herunterspielen. Er plädiert für störende Strategien, die in der Vergangenheit erfolgreich eingesetzt wurden:

„Nun, ich denke, dass es zum Beispiel in dem Brief, den Martin Luther King Jr. aus dem Gefängnis von Birmingham geschrieben hat⁷, eine Passage gibt, die das sehr gut wiedergibt. Er spricht darüber, wie viele Leute ihm sagen: ‚Moment, das stört den Frieden – es mag für den Fortschritt sein, aber es provoziert auch Widerstand. Warum nicht verhandeln oder politisch verhandeln?‘ Seine Worte deuten darauf hin, dass die zivile, gewaltfreie Aktion, diese Unterbrechung von Aktionen, gerade versucht, Dramatik und eine Form zu schaffen, in der sie zu einer Form von Spannung wird. Er sagt, dass er keine Angst vor dem Wort ‚Spannung‘ hat, weil eine gewisse Spannung, auch wenn er immer gegen jede Form von

⁷ https://www.africa.upenn.edu/Articles_Gen/Letter_Birmingham.html (zuletzt gelesen am 12. Mai 2026).

gewaltsamer Spannung gewesen ist, für das Wachstum notwendig ist. [...] Es geht darum, sich an diesem Punkt mit der Ehrlichkeit der Realität auseinanderzusetzen, die Verleugnung zu beenden und dann an einen Ort zu gelangen, an dem Veränderung geschehen kann.“ (Interview Henning Jeschke, LG)

Nach der Zusage den Bundeskanzler in einem persönlichen Gespräch treffen zu können, beendete Jeschke einen einmonatigen Hungerstreik und musste intensivmedizinisch behandelt werden, nachdem er sich zuvor geweigert hatte, zu trinken. Bundeskanzler Scholz traf ihn zusammen mit den anderen Aktivist:innen ein paar Wochen später um über die Klimakrise zu diskutieren. Beide Aktivist:innen befinden sich im Bereich des Aktivismus und Radikalismus der Aktionspyramide, distanzieren sich aber klar von jeglicher Form von Gewalt. Sie engagieren sich für legale politische Aktionen und sogar illegale Handlungen, um ihrer politischen Sache zu dienen (McCauley & Moskalenko 2017, S. 212).

Die Analyse legt Lücken in der Radikalisierungsforschung offen.

Einerseits wird Gewalt abgelehnt, bei der Menschen zu Schaden kommen könnten, andererseits die Beschädigung von Gegenständen oder Infrastruktur akzeptiert – und was noch schwerer wiegt, auch die Verletzung des eigenen Körpers wird in Kauf genommen. Zudem wird eine demokratische Kultur betont, aber eine kollektivistische und als solidarisch gelabelte Lebensweise präsentiert. **Dabei wird auf Legitimationsquellen verwiesen, die nicht das Individuum, sondern ein Ideal im Sinne ökologischer Nachhaltigkeit in den Mittelpunkt stellen.** Das heißt, dass die Diagnose zur Feststellung von Radikalisierung letztendlich nicht eindeutig ausfallen kann und eine Perspektivenerweiterung vorliegt. Die hier zugrundeliegenden Daten zeigen nur das Selbstbild der Aktivist:innen, aber nicht, wie sie wahrgenommen werden.

KAPITEL

FAZIT

Ziel der Studie „Klima Extrem“ war die Untersuchung, inwiefern Radikalisierung im Klimaprotest identifiziert und beschrieben werden kann. Dafür wurde die Relevanz der Fragestellung sowohl im gesellschaftlichen als auch wissenschaftlichen Diskurs eingeordnet und der Forschungsstand aufgearbeitet. Daraus ergaben sich Implikationen für die empirische Analyse, die nach dem Zusammenwirken unterschiedlicher Protestakteur:innen im Klimaprotest sowie dem Verhältnis von Gewalt und Protest fragten. Ebenso wurde ein theoretischer Orientierungspunkt zur Diagnose von Radikalisierung festgelegt. Ausgewertet wurde ein komplexer Datenkorpus aus Beobachtungsprotokollen, Medienberichten, Social-Media-Posts und Interviews.

Die forschungsleitende Frage der Studie kann auf Grundlage der Analysen wie folgt beantwortet werden: Es gibt Anzeichen für eine Radikalisierung im Klimaprotest, welche jedoch von den bisherigen theoretischen Modellen abweichen. In der Selbstrepräsentation von Klimaaktivist:innen werden Gewaltlosigkeit und demokratische Werte betont, in der Beobachtung fallen jedoch gegen sich selbst gerichtete Gewalt, wie Hungerstreiks, und die Legitimation der Beschädigung von Infrastruktur aus ideologieähnlichen Gründen sowie ein Lebensmodell auf, welches die individuellen Rechte weniger deutlich betont als eine solidarische Lebensweise. Als Begründung werden Vorstellungen von Nachhaltigkeit herangezogen.

Aktuelle Modelle von Radikalisierung erfassen auf sich selbst gerichtete Formen von Gewalt nicht.

leitenden Beschäftigten von Energiekonzernen und Sicherheitskräften. Zugleich sollte der theoretische Rahmen der Modelle von Radikalisierung auf Basis der durch die empirische Analyse offengelegten Lücken konzeptionell erweitert werden. Beides konnte die Studie nicht leisten, bleibt also eine Aufgabe für die weitere Forschung.

Dementsprechend braucht es eine empirische Erweiterung, welche die Wahrnehmung der Klimaprotestszene untersucht. Konkret benötigt wird die Analyse von Adressat:innen des Klimaprotests, beispielsweise von

Die Ergebnisse haben aber auch Konsequenzen für die Präventionspraxis und geben Fachkräften wichtige Impulse. Die beiden Kernmerkmale – Legitimation auto-aggressiven Verhaltens und (relative) Unterordnung der individuellen Persönlichkeitsentfaltung zugunsten nachhaltiger und kollektiver Ideale – können durch Angebote der politischen Bildung sowie des Empowerments adressiert werden. Damit ist explizit *nicht* gemeint, dass nicht für den Klimaschutz eingetreten werden soll, sofern dies den eigenen Überzeugungen entspricht. Jedoch ist es das Ziel, die Entstehung von Radikalisierungsprozessen zu verhindern. Daher können beide Aspekte im Rahmen universeller Präventionsangebote thematisiert werden, was die Vorsorgemöglichkeiten in Bezug auf die Radikalisierung noch erweitert. Dafür bedarf es aber der transdisziplinären und kooperativen Entwicklung geeigneter Materialien zur Präventionspraxis, was ebenfalls Aufgabe für Anschlussprojekte ist.

Damit ist der Rahmen des Beitrags abgesteckt, den das Projekt „Klima Extrem“ leisten konnte. Zum ersten Mal wurde in Deutschland eine mögliche Radikalisierung im Klimaprotest empirisch untersucht, was für sich genommen bereits einen wichtigen Forschungsfortschritt darstellt. Auf Grundlage der Untersuchung wurde deutlich, dass die theoretischen Modelle zur Erklärung von Radikalisierung noch Lücken aufweisen und weiterentwickelt werden müssen. Zugleich ergaben sich Impulse für die Radikalisierungsprävention. Die Ergebnisse dienen als Ausgangspunkt für notwendige Folgeuntersuchungen.

LITERATUR- VERZEICHNIS

Quellen

beck-aktuell (2022, 17. November). *Verfassungsschutz-Chef nennt Dobrindt-Aussage zu "Klima-RAF" Nonsens*. beck-aktuell. <https://rsw.beck.de/aktuell/daily/meldung/detail/verfassungsschutz-chef-nennt-dobrindt-aussage-zu-klima-raf-nonsens> (zuletzt gelesen am 12. Mai 2026).

EG, Ende Gelände (2019). *Aktionskonsens von Ende Gelände 2020*. Ende Gelände. <https://www.ende-gelaende.org/aktionskonsens-2020/> (zuletzt gelesen am 12. Mai 2026).

Pastors, Wilfried (2017, 2. August). „Gegen Öko-Terroristen sind wir allein überfordert“. Bild. <https://www.bild.de/regional/koeln/rwe/gegen-oeko-terroristen-sind-wir-allein-ueberfordert-52734740.bild.html> (zuletzt gelesen am 12. Mai 2026).

Senf, Emily (2016, 1. Dezember). *Ausschreitungen im Hambacher Forst „Die Zeit der Gespräche ist vorbei“*. Rheinische Post. https://rp-online.de/nrw/panorama/ausschreitungen-im-hambacher-forst-rwe-wagen-ueberschlaegt-sich_aid-17837135 (zuletzt gelesen am 12. Mai 2026).

Tagesspiegel (2024, 17. März). *Nach Tesla-Anschlag: Reparatur von Strommast in Grünheide kostete über eine Million*. Tagesspiegel. <https://www.tagesspiegel.de/potsdam/brandenburg/nach-tesla-anschlag-reparatur-von-strommast-in-grunheide-kostete-uber-eine-million-11379457.html> (zuletzt gelesen am 12. Mai 2026).

Literatur

Abay Gaspar, Hande, Christopher Daase, Nicole Deitelhoff, Julian Junk & Manjana Sold (2018). *Was ist Radikalisierung? Präzisierungen eines umstrittenen Begriffs*. PRIF Report 5. PRIF – Leibniz-Institut für Friedens- und Konfliktforschung.

Arce, Moisés, Roberta Rice & Eduardo Silva (2019). Rethinking Protest Impacts. In Moisés Arce, Roberta Rice & Eduardo Silva (Hg.), *Protest and Democracy* (S. 195–213). University of Calgary Press.

Beck, Ulrich (1993). *Die Erfindung des Politischen. Zu einer Theorie reflexiver Modernisierung*. Suhrkamp Verlag.

Berndt, Constanze & Michael Vogt (2020). Jugend und weltgesellschaftliche Verantwortung am Beispiel von »Fridays for Future«. In Lea Puchert & Anja Schwertfeger (Hg.), *Jugend im Blick der erziehungswissenschaftlichen Forschung–Perspektiven, Lebenswelten und soziale Probleme* (S. 168–179). Verlag Barbara Budrich.

Büsken, Pauline (2019). *Wie reagieren die Fraktionen im Bundestag auf die Fridays for Future Bewegung?*, Kurzanalyse. Regierungsforschung. <https://regierungsforschung.de/wie-reagieren-die-fraktionen-im-bundestag-auf-die-fridays-for-future-bewegung/> (zuletzt gelesen am 12. Mai 2026).

Butler, Judith (2019). Protest, violent and nonviolent. In Eric Klinenberg, Caitlin Zaloom & Sharon Marcus (Hg.), *Antidemocracy in America: Truth, Power, and the Republic at Risk* (S. 233–240). Columbia University Press.

Castells, Manuel (2015). *Networks of outrage and hope: Social movements in the Internet age*. John Wiley & Sons.

Daniel, Antje & Patricia Graf (2020). Ikone oder Hassbild? Greta Thunberg und die Fridays for Future-Bewegung. *Femina Politica – Zeitschrift für feministische Politikwissenschaft*, 29(1), 150–156.

- Daniel, Antje & Ann-Kathrin Deutschmann (2020). *Umweltbewegung revisited? Fridays for Future in Wien. Profil und Einstellungen einer neuen Protestbewegung*. ie. Working Paper 9. Institut für Internationale Entwicklung der Universität Wien.
- Daniel, Antje, Anna Deutschmann, Aron Buzogány & Patrick Scherhauer (2020). Die Klimakrise deuten und Veränderungen einfordern: Eine Framing-Analyse der Fridays for Future. *SWS-Rundschau*, 60(4). 365–384.
- Della Porta, Donatella (2017). Progressive und regressive Politik im späten Neoliberalismus. Heinrich Geiselberger (Hg.), *Die große Regression. Eine internationale Debatte über die geistige Situation der Zeit* (S. 57–76). Suhrkamp.
- Döring, Helge (2022). *Gesellschaftliche Krisen und Proteste. Dialog als Mittel der Konfliktmoderation*. Kohlhammer.
- Einsiedel, Josefine (2020). *Analysis of the social movement organization »Fridays for Future« in Germany*. University of the West of Scotland.
- Esser, Hartmut (1999). *Soziologie. Spezielle Grundlagen. Band 1: Situationslogik und Handeln*. Campus.
- Gentes, Timo, Lina Löning & Alina Trapp (2020). Nähe und Distanz. In Sebastian Haunss & Moritz Sommer (Hg.), *Fridays for Future – Die Jugend gegen den Klimawandel* (S. 163–180). transcript-Verlag.
- Glasl, Friedrich (2012). Wie Organisationsmediation mit Macht in Konflikten umgehen kann. *Gruppendynamik und Organisationsberatung*, 43(2), 153–171. <https://doi.org/10.1007/s11612-012-0175-x>
- Gläser, Jochen & Grit Laudel (2010). *Experteninterviews und qualitative Inhaltsanalyse*. VS Verlag für Sozialwissenschaften Springer Fachmedien.

- Goodwin, Jeff, James M. Jasper & Francesca Polletta (2001). *Pas-sionate Politics. Emotions and social movements*. The University of Chicago Press.
- Grande, Edgar (2018). Zivilgesellschaft, politischer Konflikt und soziale Bewegungen. *Forschungsjournal Soziale Bewegungen*, 31(1–2), 52–60.
- Hagedorn, Gregor et al. (2019). The concerns of the young protesters are justified: A statement by Scientists for Future concerning the protests for more climate protection. *GAIA - Ecological Perspectives for Science and Society*, 28(2), 79–87. <https://doi.org/10.14512/gaia.28.2.3>
- Haunss Sebastian & Moritz Sommer (Hg.) (2020). *Fridays for Future – Die Jugend gegen den Klimawandel*. transcript-Verlag.
- Horgan, John (2008). From Profiles to Pathways and Roots to Routes: Perspectives from Psychology on Radicalization into Terrorism. *The Annals of the American Academy of Political and Social Science*, 618, *Terrorism: What the Next President Will Face*, 80–94.
- Imbusch, Peter (2003). The concept of violence. In Wilhelm Heitmeyer & John Hagan (Hg.), *International handbook of violence research* (S. 13–39). Springer Netherlands.
- Kiefer, Michael, Jörg Hüttermann, Bacem Dziri, Rauf Ceylan, Viktoria Roth, Fabian Srowig & Andreas Zick (2018). *Lasset uns in sha'a Allah ein Plan machen. Fallgestützte Analyse der Radikalisierung einer WhatsApp-Gruppe*. Springer VS.
- Koos, Sebastian & Elias Naumann (2019). *Vom Klimastreik zur Klimapolitik: Die gesellschaftliche Unterstützung der »Fridays for Future«-Bewegung und ihrer Ziele: Forschungsbericht*. Universität Mannheim, Universität Konstanz. <https://kops.uni-konstanz.de/server/api/core/bitstreams/57d15510-3114-4fdd-9070-4f43ba6d5b43/content>

- Kuckartz, Udo (2016). Typenbildung und typenbildende Inhaltsanalyse in der empirischen Sozialforschung. In Martin W. Schnell, Christian Schulz, Udo Kuckartz & Christine Dunger (Hg.), *Junge Menschen sprechen mit sterbenden Menschen. Palliative Care und Forschung* (S. 31–53). Springer VS.
- Kühne, Rainer W. (2019). *Climate change: the science behind Greta Thunberg and Fridays for future*. <https://doi.org/10.13140/RG.2.2.21256.78087>
- Kurtenbach, Sebastian (2021). *Radikalisierung und Raum. Untersuchung räumlicher Einflüsse auf die Anfälligkeit für Radikalisierung*. Beitrag in der Schriftenreihe „Radikalisierende Räume“. Universität Bielefeld, FH Münster.
- Kurtenbach, Sebastian, Janine Linßer & Gerrit Weitzel (2018). *Anfällig für Radikalisierung? Einstellungen und Haltungen von Jugendlichen aus unterschiedlichen Lebenswelten zu den Themen Demokratie, Religion, Diskriminierung und Geschlecht*. CoRE Report 6. Universität Bielefeld.
- Küstners, Ivonne (2009). *Narrative Interviews: Grundlagen und Anwendungen* (2. Auflage). VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Kruglanski, Arie, Michele J. Gelfand, Jocelyn J. Bélanger, Anna Sheveland, Malkanthi Hetiarachchi & Rohan Gunaratna (2014). The Psychology of Radicalization and Deradicalization: How Significance Quest Impacts Violent Extremism. *Advances in Political Psychology*, 35(Supplement 1), 69–93.
- Lamnek, Siegfried (2010). *Qualitative Sozialforschung* (5., überarb. Auflage) Beltz Verlag.
- Mayring, Philipp A. E. (2008). *Qualitative Inhaltsanalyse. Grundlagen und Techniken* (10. Auflage). Beltz Verlag.

- McCauley, Clark & Sophia Moskalenko (2008). Mechanisms of political radicalization: Pathways toward terrorism. *Terrorism and political violence*, 20(3), 415–433.
- McCauley, Clark & Sophia Moskalenko (2017). Understanding political Radicalization: The two-pyramids model. *American Psychologist*, 72(3), 205–216.
- Miles, Matthew B., & A. Michael Huberman (1994). *Qualitative data analysis: An expanded sourcebook*. SAGE Publishing.
- Nassehi, Armin (2020). *Das große Nein: Eigendynamik und Tragik des gesellschaftlichen Protests*. kursbuch.edition.
- Neidhardt, Friedhelm & Dieter Rucht (2001). Protestgeschichte der Bundesrepublik Deutschland 1950-1994: Ereignisse, Themen, Akteure. In Dieter Rucht (Hg.), *Protest in der Bundesrepublik. Strukturen und Entwicklungen* (S. 27–70). Campus Verlag.
- Parth, Anne-Marie, Julia Weiß, Rojda Firat & Manuel Eberhardt (2020). »How dare you!« – The influence of Fridays for Future on the political attitudes of young adults. *Frontiers in Political Science*, 2(611139). <https://doi.org/10.3389/fpos.2020.611139>
- Popitz, Heinrich (1992). *Phänomene der Macht*. Mohr Siebeck.
- Proust, Valentina & Magdalena Saldaña (2022). Another violent protest? New perspectives to understand protest coverage. *Media and Communication*, 10(4), 18–29.
- Reinders, Heiner (2016). *Qualitative Interviews mit Jugendlichen führen: Ein Leitfaden*. De Gruyter.
- Roth, Roland (2012). Vom Gelingen und Scheitern sozialer Bewegungen. *Forschungsjournal Soziale Bewegungen*, 25(1), 21–31. <https://doi.org/10.1515/fjsb-2012-0104>

Rucht, Dieter (1993). Parteien, Verbände und Bewegungen als Systeme politischer Interessenvermittlung. In Oskar Niedermayer & Richard Stöss (Hg.), *Stand und Perspektiven der Parteienforschung* (S. 251–275). Westdeutscher Verlag.

Shuman, Eric, Siwar Hasan-Aslih, Martijn van Zomeren, Tamar Saguy & Eran Halperin (2022). Protest movements involving limited violence can sometimes be effective: Evidence from the 2020 BlackLivesMatter protests. *Proceedings of the National Academy of Sciences*, 119(14, e2118990119). <https://doi.org/10.1073/pnas.2118990119>

Simmons, Erica S. (2019). How Do We Explain Protest? Social Science, Grievances, and the Puzzle of Collective Action. In Moisés Arce & Roberta Rice (Hg.), *Protest and Democracy* (23–44) University of Calgary Press.

Smith, Bruce L. R. (1968). The politics of protest: how effective is violence?. *Proceedings of the Academy of Political Science*, 29(1, Urban Riots: Violence and Social Change), 111–128.

Soler i Martí, Roger, Mariona Ferrer-Fons & Ludovic Terren (2020). The interdependency of online and offline activism: A case study of Fridays For Future-Barcelona in the context of the COVID-19 lockdown. *Hipertext.net*, 21. 105–114. <https://doi.org/10.31009/hipertext.net.2020.i21.09>

Srowig, Fabian, Viktoria Roth, Daniela Pisoiu, Katharina Seewald & Andreas Zick (2018). *Radikalisierung von Individuen: ein Überblick über mögliche Erklärungsansätze*. PRIF Report 6. PRIF – Leibniz-Institut für Friedens- und Konfliktforschung.

Steinert-Threlkeld, Zachary C., Alexander M. Chan & Jungseock Joo (2022). How state and protester violence affect protest dynamics. *The Journal of Politics*, 84(2), 798–813.

Veldhuis, T., & Jørgen Staun. (2009). *Islamist Radicalisation: A Root Cause Model*. Netherlands Institute of International Relations Clingendael.

Wahlström, Mattias, Piotr Kocyba, Michiel De Vydt & Joost de Moor (2020). *Protest for a future II: Composition, mobilization and motives of the participants in Fridays For Future climate protests on 20-27 September, 2019, in 19 cities around the world*. https://protestinstitut.eu/wp-content/uploads/2019/07/20190709_Protest-for-a-future_GCS-Descriptive-Report.pdf (zuletzt gelesen am 12. Mai 2026).

Wang, Dan J., & Alessandro Piazza (2016). The Use of Disruptive Tactics in Protest as a Trade-Off: The Role of Social Movement Claims. *Social Forces*, 94(4), 1675–1710. <https://doi.org/10.1093/sf/sov124>

Yin, Robert K. (2003). *Case study research: Design and methods* (3. Auflage). SAGE Publications.

Zick, Andreas, & Nils Böckler (2015). Radikalisierung als Inszenierung. Vorschlag für eine Sicht auf den Prozess der extremistischen Radikalisierung und die Prävention. *forum kriminalprävention*, 3, 6–16.

ABKÜRZUNGS- VERZEICHNIS

ADb!	Alle Dörfer bleiben!
BfB	Buier für Buir
BUND	Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland e.V.
EG	Ende Gelände
ER	Extinction Rebellion
FfF	Fridays for Future
Hb!	Hambi bleibt!
LB!	Lützi bleibt!
LG	Letzte Generation
NABU	Naturschutzbund Deutschland e.V.

AUTOREN



Prof. Dr. Sebastian Kurtenbach

Prof. Dr. Sebastian Kurtenbach lehrt und forscht im Lehrgebiet Politikwissenschaft/Sozialpolitik an der FH Münster und ist zugleich Privatdozent an der Fakultät für Sozialwissenschaft der Ruhr-Universität Bochum. Seine Forschungsschwerpunkte liegen in der sozialwissenschaftlichen Stadt-, Migrations- und Konfliktforschung.

<https://orcid.org/0000-0002-6030-3906>



Dr. Helge Döring

Dr. Helge Döring ist seit 2018 wissenschaftlicher Mitarbeiter Fachbereich Sozialwesen der Fachhochschule Münster. Er studierte Wirtschafts- und Sozialwissenschaften an der Technischen Universität Dortmund und promovierte dort 2015 zum Thema: „Wissensmanagement in Familienunternehmen“. Seine Lehr- und Forschungsschwerpunkte sind Konfliktforschung mit Schwerpunkt Klimaprotest und soziale Ungleichheit.

<https://orcid.org/0009-0001-0740-6850>

IMPRESSUM

Herausgeber

BICC – Bonn International Centre for Conflict Studies gGmbH
Pfarrer-Byns-Straße 1, 53121 Bonn, Germany
www.bicc.de

Kontakt bicc

Elvan Isikozlu
Head of Advice & Scientific Transfer
elvan.isikozlu@bicc.de
+49 (0)228 911 96-54

Kontakt coreNRW

Maurice Döring
Leiter der Koordinierungsstelle
doering@core-nrw.de
+49 (0)228 911 96-45

Redaktion Maurice Döring

Korrektorat Mentorium GmbH

Layout Verena Gatterthum, Marketingflotte

Editorial Design bicc/ Verena Krautter

Fotonachweis images by Helge Döring, Bülent Kirschbarum, Martin Steffen

Grafiken bicc/ Santiago Duque

Druck

DRUCKWELLE Copyshop

Datum

Juni 2026

<https://doi.org/10.60638/n41s-ed11>



Except where otherwise noted, this work is
licensed under: [https://creativecommons.org/
licenses/by-sa/4.0/](https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/)

Zur coreNRW-
Webseite



Das Projekt „Klima Extrem“ untersuchte zum ersten Mal in Deutschland empirisch die Frage, ob und in welcher Form eine Radikalisierung innerhalb der Klimaprotestbewegung in Deutschland beobachtbar ist. Ausgangspunkt ist die öffentliche Debatte über Aktionen von Gruppen wie der Letzten Generation, Ende Gelände und Fridays for Future, die häufig als Ausdruck zunehmender Radikalisierung interpretiert werden. Das Forschungsteam der Fachhochschule Münster prüft diese Annahme wissenschaftlich und ordnet sie in diesem Forschungspapier differenziert ein. Die Autoren diagnostizieren auf Basis von Interviews, teilnehmenden Beobachtungen und Quellenauswertungen Anzeichen, Ausformungen und Legitimationserzählungen innerhalb der Klimaprotestbewegung und arbeiten bemerkenswerte Besonderheiten heraus. Die Erkenntnisse gleichen sie mit einem kritischen Blick auf die Erklärungsfähigkeit bisheriger Radikalisierungsmodelle ab und weisen auf Forschungslücken hin.

Ein Projekt des

bicc
Bonn International Centre for Conflict Studies

Gefördert durch:

Ministerium für
Kultur und Wissenschaft
des Landes Nordrhein-Westfalen

